



## Jahresbericht des Gesundheitsamtes Bremen für 2009

**PD Dr. Frank Stümpel**

Leiter des Gesundheitsamtes

361 – 62 59

Dr. St.

3. Juni 2010

Das vergangene Jahr war für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Deutschland und damit auch für das Gesundheitsamt Bremen eine besondere Herausforderung. Schließlich galt es, die mit der „Schweinegrippe-Pandemie“ assoziierten Aufgaben zu bewältigen. Auch das Gesundheitsamt Bremen war wesentlich in die Planungen, Vorbereitungen und Durchführung der Impfkampagne eingebunden.

An dieser Stelle soll die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Kampagne nicht diskutiert werden, dazu ist an anderen Stellen schon viel gesagt worden. Eine neue pandemische Infektionserkrankung mit einer weltweiten Impfkampagne berührt aber ganz klar die Kernkompetenz eines Gesundheitsamtes.

Ab Ende April haben wir uns auf eine umfassende Impfkampagne vorbereitet. Die Anforderungen dabei waren vielschichtig. Über den gesamten Zeitraum bestand ein sehr großes Informationsbedürfnis sowohl bei Fachleuten als auch in der Bevölkerung. In vielen Veranstaltungen sind Ärztinnen und Ärzte zusammen mit der Ärztekammer weitergebildet worden. Aber auch Institutionen wie Polizei, Feuerwehr und Schulen wurden beraten. Viele Bürgerinnen und Bürger haben direkt das Gesundheitsamt kontaktiert, wir haben versucht, jedem die gewünschten Informationen zur Verfügung zu stellen. Schließlich hat sich das Gesundheitsamt personell wesentlich am Betrieb der eigens eingerichteten Hotline beteiligt. Organisatorisch waren umfangreiche Planungen abzuarbeiten, Räume für die Impfkampagne mussten vorbereitet, Materialien beschafft und schließlich Impfteams zusammengestellt, eingewiesen und Dienstpläne erstellt werden. Ab Oktober war das Gesundheitsamt aktive Impfstelle, geöffnet an 5 Tagen in der Woche inklusive Späterminen für Berufstätige. Gleichzeitig waren wir Impfstoffausgabestelle für einige Schwerpunktpraxen und Betriebsärzte. Zusätzlich mussten die Umgebungsuntersuchungen für Verdachtsfälle und Maßnahmen für bestätigte Fälle bewältigt werden. Hunderte Meldungen nach Infektionsschutzgesetz wurden für das Robert-Koch-Institut aufbereitet und dorthin weitergeleitet.



Die besondere Anerkennung gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Alle haben ohne Ausnahme die besondere Lage gesehen, über Monate die zusätzliche Belastungen getragen und über die Abteilungsgrenzen hinweg zum Erfolg beigetragen.

Ist sonst noch etwas im Gesundheitsamt passiert? Ja, fast alle Routineaufgaben wurden im gewohnten Umfang aufrechterhalten. Schließlich sind sogar noch weitere Projekte verfolgt worden, exemplarisch sei hier die wesentliche konzeptionelle Arbeit des Schulärztlichen Dienstes für die Umsetzung der Inklusion im Schulbereich genannt. Auch dies ist ein Beleg für die hohe Leistungsfähigkeit des Gesundheitsamtes und die überaus große Motivation aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir hoffen auf eine wertschätzende Beurteilung des Leistungsberichtes und die Anerkennung der großen Vielfalt erfolgreich erledigter Aufgaben - dies auch vor dem Hintergrund der infolge der angespannten Haushaltslage kritischen Stellsituation.

Eine Anmerkung noch zur Form des Berichts. Jedem Kapitel ist eine Zusammenfassung vorangestellt, hier können schnell die wesentlichen Entwicklungen im Berichtsjahr nachgelesen werden. Im Zahlenwerk danach können besonders Interessierte die ausführlichen Details finden.

Dr. Frank Stümpel

## Zusammenfassung zum Leistungsbericht 2009

### Abteilung 2 – Sozialmedizinischer Dienst für Erwachsene

Neu eingefügt wurde für 2009 unter 2.4.2 das Produktblatt „Humanitäre Sprechstunde“. Die Produktbeschreibung ist noch vorläufig. Die Leistungsdaten geben noch kein adäquates Bild!

In den übrigen Produktblättern finden sich in den Texten kleine, *kursiv* gedruckte redaktionelle Änderungen und Aktualisierungen. Die Systematik der Daten ist unverändert.

Für das Berichtsjahr 2009 sind folgende Ereignisse und Entwicklungen hervorzuheben:

Im August 2009 startete das Angebot der „Humanitären Sprechstunde“ für Papierlose durch das Referat Migration und Gesundheit, die nach kurzer Anlaufphase zum Ende des Jahres im häufiger frequentiert wurde. Eine erste Bilanz ist im August 2010 zu erwarten.

2009 wurde eine große Nutzerbefragung zur Inanspruchnahme von HIV –Tests im Gesundheitsamt durchgeführt und ausgewertet. Der Bericht wurde in der Bremer Fachöffentlichkeit verteilt und zum ÖGD–Kongress in Hamburg im Mai 2010 vorgestellt.

Im Bereich HIV – Aids haben wir das Afrikaprojekt erfolgreich fortgesetzt. Derzeit laufen Bemühungen um eine Anschlussfinanzierung ab dem Jahr 2011. Wieder mit großer Resonanz fanden im November in Zusammenarbeit mit dem CineMaxx die Jugendfilmtage statt, die Frau Senatorin Rosenkötter eröffnete.

Gemeinsam mit dem Fachbereich Ernährungsökologie wurde 2009 die 2004 erstmals veröffentlichte Erhebung über den Einsatz von PEG – Sonden in der stationären Altenpflege in Bremen wiederholt. Der Bericht ist inzwischen publiziert; erste positive Rückmeldungen sind eingegangen, und es gibt lobende Besprechungen und Zusammenfassungen in Fachzeitschriften.

In Zusammenarbeit mit dem Ärztenetz Bremen Nord und weiteren lokalen Kooperationspartnern fand 2009 ein Selbsthilfetag in Bremen-Nord statt. Für Bremen-Nord wurden eine Dokumentation über dort aktive Selbsthilfegruppen und eine Patienteninformation erstellt, die über den Selbsthilfetag hinaus einsetzbar ist.

Im Frühjahr 2009 starteten Gespräche zu einer Projektentwicklung „Selbsthilfe für Migranten und sozial benachteiligte Menschen“ mit Quartiersmanagern und Integrationsberatern aus mehreren Bremer Stadtteilen.

gez. Dr. Hilbert

**Produkt: 2.1.1**

Gutachten und Stellungnahmen  
Steuerung von Leistungen nach dem SGB XII

**Produktgruppe: 2.1**

Amts- und Vertrauensärztliche Aufgaben

**Produktbereich: 2**

Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle: - 20 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Amts- und Vertrauensärztliche Gutachten und Stellungnahmen durch Ärztinnen/ Ärzte, Pflegefachkräfte des SG und durch beauftragte Zusatzgutachter für Dienstherren, Ämter für Soziale Dienste, Eigenbetriebe und außer-bremische (öffentliche) Auftraggeber  
Damit in Verbindung stehende Beratung und Information von Auftraggebern und Klienten  
Institutionelle Beratung von Kostenträgern, Beitrag zur Steuerung des Budgets für Leistungen nach dem SGB XII.

**Auftragsgrundlage:**

§ 23 ÖGDG,  
Bremisches Beamtengesetz, Bundesbeamtengesetz, Beamtengesetze anderer Länder  
Tarifrecht (TV-L)  
SGB XII in Verbindung mit SGB XI  
SGB II, Vertrag mit der BAGIS seit 3. Quartal 2005 (BAGIS Ost I und Ost II)  
Beihilfeverordnungen, Versorgungsrecht, Wiedergutmachungsrecht  
Ausbildungsverordnungen, Prüfungsordnungen  
Ausländerrecht  
Weitere Regelungen im SGB XII und Verw.Anw., analoge Anwendung SGB V f.  
Verweis auf §§ 12, 17, 23 und 32 ÖGDG

**Zielgruppe:**

Auftraggebende Dienststellen, Behörden, Ressorts, Eigenbetriebe  
Zu begutachtende Bürgerinnen und Bürger  
Nach Asylbewerberleistungsgesetz krankenversicherte Personen  
Amt für Soziale Dienste

**Ziele:**

Qualifizierung der Entscheidungen Dritter  
Adäquate (= bedarfsgerechte und wirtschaftliche) ärztliche, pflegerische und sonstige therapeutische Versorgung

**Produkt: 2.1.1**

Gutachten und Stellungnahmen  
Steuerung von Leistungen nach dem SGB XII

**Leistungsumfang qualitativ:**

Amtsärztliche, sozialmedizinische Gutachten und Stellungnahmen in den Räumen des Sozialmedizinischen Dienstes, als Hausbesuch oder nach Aktenlage durch Ärzte und Pflegefachkräfte nach Beschaffung von Vorbefunden, Berichten und ergänzenden Informationen vor Begutachtung

Veranlassung fachspezifischer Zusatzgutachten

Standardisierte und PC- gestützte Planung, Organisation der Begutachtung und der Archivierung

Entwicklung von Gutachtenstandards, Bearbeitung von Grundsatzproblemen in Zusammenarbeit mit Auftraggebern, Kooperation mit anderen.

Reduzierung nicht sinnvoller Gutachtenfelder.

Erarbeitung sozialmedizinischer Grundsatzpositionen, Entwicklung von Bewertungsmaßstäben für die verschiedenen medizinischen Versorgungsbereiche und der in ihnen erbrachten Leistungen und Vermittlung dieser Maßstäbe an den Kostenträger, Kooperation mit dem AFsD in der Fachkoordination Pflege, Mitwirkung beim Controlling der jährlichen Ausgaben für Krankenhilfe.

Gutachterliche Stellungnahmen zu Leistungsfragen im Einzelfall.

**Leistungsumfang quantitativ:**

Es handelt sich um <b>Ausschnitte</b> aus den Begutachtungsfeldern	2009	2008	2007	2006	2005
alle zu bearbeitenden <b>Vorgänge</b> (Gutachtaufträge, Anfragen, ergänzende Stellungnahmen) <b>ohne</b> SPsD / BHZ	<b>2.620</b>	<b>2.617</b>	<b>2.869</b>	<b>2.704</b>	<b>2.263</b>
Alle gutachterlichen <b>Untersuchungen</b>	<b>1.548</b>	<b>1.602</b>	<b>1.678</b>	<b>1.771</b>	<b>1.291</b>
<b>Davon: Themenfeld Beamte:</b>					
• Verbeamtung/ Einstellung	673 (Beamte 504)	489 (Beamte 390)	494 (Beamte 386)	445 (Beamte 335)	500
• Gutachtaufträge zur Dienstfähigkeit einschl. Pflichtstundenreduzierung	198	159	160	130	133
• Gutachterliche <b>Untersuchungen</b> zur Dienstfähigkeit <b>ohne</b> Pflichtstundenreduzierung	124	106	121	92	97
• Davon mit Zusatzgutachten	26,8%	27,3%	26,2%	32%	29,7%
• Gutachtaufträge für Beihilfe	97	96	86	104	90
<b>Davon: Themenfeld SGB XII – Begutachtung</b>					
• Hilfe zur Pflege (Einstufungen nach SGB XI, pflegerische Bedarfsermittlungen)	365	322	343	353	372
• Krankenkostzulagen	24	14	12	21	7
• Krankenhilfe	9	3	6	7	13
• Arbeitseinsatzfähigkeit	3	0	0	1	2
• <b>Eingliederungshilfe</b>	<b>37</b>	<b>24</b>	<b>22</b>	<b>21</b>	<b>19</b>
<b>Davon: Begutachtung nach dem</b>					

<b>SGB II (BAgIS)</b>					
• Gutachtenaufträge zur Frage der Erwerbsminderung	701	829	981	998	420
• Krankenkostzulagen	53	16	10	7	1
<b>Davon: Themenfeld Asylbewerber und Flüchtlinge</b>					
• Asylbewerberleistungsgesetz (meist § 6)	2	1	5	21	54
• besonderer Wohnbedarf	5	7	6	5	5
• „Reisefähigkeit“ ohne SPsD / BHZ	61	47	21	10	20
<b>Hochschulen und Universitäten (Prüfungsfähigkeit)</b>					
	<b>96</b>	<b>52</b>	<b>73</b>	<b>74</b>	<b>41</b>

**Indikatoren**

Gutachtenergebnisse:

Die Indikatoren zur SGB XII - Begutachtung sind 2007 entfallen wegen der gesetzlichen Änderungen (z.B. Krankenhilfe ab 01.01.2004, SGB II ab 01.01.2005).

Stattdessen Indikatoren zur Begutachtung nach dem SGB II.

		2009	2008	2007	2006	2005
<b>Themenfeld Beamte – Dienstfähigkeit:</b>						
Beamtinnen/ Beamte in der Stadt Bremen *)		11.803	11.987	11.991	11.991	11.991
Begutachtungsfälle (einschließlich SPsD !)		124	106	112	123	139
Relation Begutachtete / Beamte		0,010	0,009	0,009	0,010	0,013
Leistungsvermögen aus medizinischer Sicht aufgehoben (Fälle)		50 (40,3%)	48 (45,3%)	62 (58%)	64 (52%)	70 (50,4%)
Rangfolge der Begutachtungshäufigkeit in Relation zur Zahl der Bediensteten in den Produktgruppenhaushalten	1	Bürgerschaft	Häfen	Bildung	Wirtschaft / Techn. Personal	Wirtschaft / Techn. Personal
	2	Jugend und Soziales	Bau, Umwelt und Verkehr	Finanzen und Personal	Häfen / Lehrpersonal	Umweltschutz / Justizvollzug
	3	Wirtschaft	Jugend und Soziales	Justiz	Arbeit / Justizpersonal	Häfen / Lehrpersonal
	4	Bildung	Justiz	Inneres	Bau, Umwelt u. Verkehr / Verwaltungspersonal	Arbeit / Verwaltungspersonal

	2009	2008	2007	2006	2005
ALG 2 - Empfänger		- **)	- **)	- **)	- **)
Mit <b>persönlicher Untersuchung</b> Begutachtete	401	535	572	694	420
Davon Leistungsvermögen vollständig aufgehoben	***)	10,2 %	***)	22,1%	25,1%

\*) Die Daten sind dem Personalbericht 2009 entnommen (Senatorin für Finanzen, Band III, Ergänzungsband zum Jahresbericht 2008, S. 16)

\*\*\*) die Anzahl der ALG 2 – Empfänger für beide Regionen kann von der BAgIS nur grob geschätzt werden. Daher keine Darstellung.

\*\*\*) keine spezielle Auswertung 2009.

**Produkt: 2.1.2**  
Heimaufsicht  
Aufsicht über Gesundheitsfachberufe

**Produktgruppe: 2.1**  
Amts- und Vertrauensärztliche Aufgaben

**Produktbereich: 2**  
Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle: - 20-**  
Teilweise abteilungsübergreifendes Produkt,

### Produktdefinition

**Kurzbeschreibung:**  
Begehungen von heimstationären Einrichtungen der Altenhilfe und der Behindertenhilfe in der Stadt Bremen **mit** der Heimaufsicht, damit in Zusammenhang stehende institutionelle Beratung, anlassbezogene Interventionen bei Beschwerden  
Aufsicht über die Gesundheitsfachberufe einschließlich Heilpraktikerwesen  
Einzelne Leistungen werden in Verbindung mit dem Produktbereich (3) erbracht

**Auftragsgrundlage:**  
Heilpraktikergesetz,  
§§ 27 - 29 ÖGDG in Verbindung mit §§ 16 und 25 ÖGDG, Berufsordnung für Hebammen im Lande Bremen, § 27, § 28 und § 29 ÖGDG  
Heimgesetz und weitere Rechtsvorschriften für den heimstationären Bereich, Arzneimittelrichtlinie des SfGJS

**Zielgruppe:**  
Heimaufsicht (als federführende Stelle)  
Heimstationäre Einrichtungen und deren Mitarbeiter  
Bewohnerinnen und Bewohner der Einrichtungen Mitglieder der Gesundheitsfachberufe  
Heilpraktiker und Heilpraktiker- Anwärtler im **Land** Bremen, Stadtamt (als formal federführende Behörde für HP)  
Allgemeine Öffentlichkeit (bei Beschwerden)

**Ziele:**  
Qualitätssichernde und -verbessernde Maßnahmen (Interventionen) in den Einrichtungen.  
Gewinnung einer Informationsbasis für Quer- und Längsschnittvergleiche in der heimstationären Versorgung.  
Überprüfungen der HP, Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen / Gesundheitsämtern anderen Bundesländern, externe Vergleiche und gemeinsame Planung,  
Qualifizierte Übersicht über die Gesundheitsfachberufe und HP der Stadtgemeinde



**Produkt: 2.1.2**  
Heimaufsicht  
Aufsicht über Gesundheitsfachberufe

**Leistungsumfang qualitativ:**

Vorbereitung und Durchführung von Heimbegehungen in Zusammenarbeit mit Heimaufsicht, standardisiert mit den Schwerpunktsetzungen Konzeption der Einrichtung, Pflege, Pflegedokumentation, Arzneimittelaufbewahrung, Arzneimittelvergabe, ärztliche Versorgung. Berichte. Ergänzende Beratungen der Einrichtungen und der Heimaufsicht.

Recherchen bei Beschwerden, Stellungnahmen bei Neu- und Umbaumaßnahmen im Rahmen der Genehmigungsverfahren, Bearbeitung von Grundsatzfragen.

Standardisierte Durchführung der schriftlichen und mündlichen Heilpraktikerüberprüfungen, Prüfung der Voraussetzungen, überregionale fachliche Abstimmung, Führung einer Datei über Heilpraktiker, Aufsicht und Datei über Gesundheitsfachberufe, Beratung von Heilpraktikern und Angehörigen der Gesundheitsfachberufe im Zusammenhang mit Prüfungswesen und Aufsichtsaufgaben.

Pflegedienste: Statistik u Auswertung qualitativer Parameter. Bearbeitung von Beschwerden.

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Begehungen	24	23	14	22	38
• Davon Altenhilfe	22	21	12	19	34
• Davon Behindertenhilfe	2	2	2	3	4
<b>Zahl der Einrichtungen *)</b>	144	139	135	135	137
Zahl der <b>vollstationären</b> Pflegeheimplätze	5.420	Über 5.200	ca. 5.200	ca. 5.100	ca. 4.900

Den hier angeführten Begehungen müssen Begehungen aus dem Produkt 3.2.1 hinzuge-rechnet werden, um die Gesamtzahl der Begehungen durch das Gesundheitsamt abzubilden. Wir verweisen auf den Bericht für die Deputation für Arbeit und Gesundheit am 12.02.2009. **Im Jahr 2009 verstärkt unangemeldete Begehungen.**

In der AG zu § 20 Heimgesetz aus MDK, Gesundheitsamt, Heimaufsicht und Pflegekassen finden Absprachen statt. Bei Bedarf (anlassbezogen) auch gemeinsame Begehungen mit dem MDK.

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>Allgemeine Heilpraktiker</b>					
Schriftliche Überprüfungen **)	22	15	8	4	18
Mündliche Überprüfungen **)	5	6	4	2	7
Bestandene Überprüfungen	2	4	3	1	6
Neuzulassungen (+) / Praxis-schließung (-)	+ 8	+ 3	+ 7	+ 20	+10
Vorliegende Erlaubnisse nach Heilpraktikergesetz **)		385	382	375	355
<b>angemeldete Praxen von HP</b>	347	307	309	324	288

Eine angemeldete Praxis ist **nicht** gleichzusetzen mit tatsächlicher Praxistätigkeit und Einkommen durch Tätigkeit als Heilpraktiker.

<b>Ambulante Pflegedienste</b>					
Zahl der Pflegedienste (Daten des StaLa und der Pflegekassen)	89	94 ***)	81	91	92

- \*) es sind nicht mehr alle einzelnen Standorte gezählt worden, daher Abweichung zu Vorberichten.
- \*\*) die Anzahl der Heilpraktikerüberprüfungen hängt von den Anmeldungen beim Stadtamt Bremen ab, unterliegt also nicht der Steuerung des Gesundheitsamtes. Die Zählung der vorliegenden Erlaubnisse wird nicht fortgesetzt, da nicht aussagekräftig.
- \*\*\*) **Die Abweichung zwischen 2008 und 2007 ergibt sich aus der Zählung aller Standorte der Pflegedienste in den Bremer Stadtteilen.**

**Produkt:** 2.2.1  
Beratung zu HIV/AIDS, STD und HIV-Test

**Produktgruppe:** 2.2  
Aufgaben im Bereich AIDS/STD (sexuell übertragbare Erkrankungen)

**Produktbereich:** 2  
Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle:** - 21 -

### Produktdefinition

**Kurzbeschreibung:**  
Anonyme und kostenlose Information und Beratung zu HIV, AIDS, STD, zum HIV-Test und zu Schutzmöglichkeiten.  
Angebot des HIV-Tests incl. einer persönlichen Ergebnismitteilung. Vermittlung bei Bedarf.

**Auftragsgrundlage:**  
§§ 3, 13, 17 und 22 ÖGDG in Verbindung mit §19 Infektionsschutzgesetz, Einreisebestimmungen bestimmter Staaten

**Zielgruppe:**  
Bürgerinnen und Bürger

**Ziele:**  
Niedrigschwelliges Testangebot unter gesichertem Qualitätsstandard. Erhöhung des Informations- und Wissenstandes zu HIV/AIDS und STD.  
Förderung präventiven und gesundheitsfördernden Verhaltens.  
Vermittlung in Fachdienste des psychosozialen und medizinischen Versorgungssystems bei Bedarf.

**Produkt:** 2.2.1  
Beratung zu HIV/AIDS, STD und HIV-Test

**Leistungsumfang qualitativ:**

Individuelle, anonyme Beratung und Information zu HIV und STD in und nach Risikosituationen.

Entwicklung und Einhaltung von qualitätsgesicherten Beratungsstandards bei HIV/ AIDS und anderen STD. Überregionale Abstimmung der Beratungsinhalte und -standards.

Anonyme Beratung zum Test. Klärung des Testanlasses, der zugrundeliegenden Risikosituationen, des Zeitraumes zwischen tatsächlicher Risikoexposition und Test, der realen Übertragungsmöglichkeiten, der Ängste und Erwartungen sowie des Umgangs mit dem Ergebnis. Durchführung der Blutentnahme. Persönliche Ergebnismitteilung, bei Bedarf weitere Beratung oder Vermittlung in Einrichtungen des Gesundheits- oder Sozialwesens.

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>Gesamtzahl aller Kontakte</b> (Beratung, Blutentnahme, Ergebnismitteilungen insgesamt)	<b>2.531</b>	<b>2.522</b>	<b>3.151</b>	<b>3.240</b>	
1. HIV-Testberatungen (Anzahl der Beratungen)	850	847 *)	1.109	1.105	1.155
davon HIV- positiv	3 (0,4%)	7 (0,8%)	3 (0,3%)	7 (0,6%)	9 (0,8%)
2. davon Beratung zu weiteren STDs (Hepatitis, Chlamydien, Syphilis etc.) (Anzahl der Beratungen)	756	586	856	769	
a. Geschlecht					
• Männer	48%	50%	50%	52%	51 %
• Frauen	52%	50%	50%	48%	50 %
b. Migranten/ Migrantinnen	9%	10%	10%	9%	9 %
c. Alter < 30 Jahre	53%	60%	62%	61%	63 %
d. Heterosexuelle Orientierung	90%	91%	91%	92%	93 %
e. Sex mit anamnestisch gesichertem oder unklarem Risiko	91%	86%	88%	89%	87 %
f. Kontakt mit Blut, Nadelstichverletzungen	1%	1%	1%	1%	1 %
g. Sexueller Kontakt zu weiteren Gruppen mit erhöhtem Risiko (Fälle) **)	49 (5,8%)	40 (4,7%)	68 (6,1%)	61 (5,5%)	70 (6,1%)
h. Serostatus des Partners/ der Partnerin bekannt positiv	15 (1,8%)	19 (2,2%)	21 (1,9%)	21 (1,8%)	28 (2,4%)

***\*) Von 2008 bis Mitte 2009 war eine Beraterstelle nicht besetzt, daher ergibt sich ein Rückgang der Testberatungen. Dennoch relativ hohe Zahl von positiven Ergebnissen, was für das Erreichen betroffener Zielgruppen spricht.***

***\*\*)*** weitere Gruppen mit erhöhtem HIV-Risiko sind: intravenöser Drogenmissbrauch, Prostitution, Partner aus Ländern mit hoher HIV- Prävalenz

---

**Produkt:** 2.2.2  
Psychosoziale Begleitung, Beratung HIV-infizierter und AIDS-kranker Personen

**Produktgruppe:** 2.2  
Aufgaben im Bereich AIDS/STD (sexuell übertragbare Erkrankungen)

**Produktbereich:** 2  
Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle:** - 21 -

### **Produktdefinition**

#### **Kurzbeschreibung:**

Das Angebot ist anonym und kostenlos.  
Psychosoziale Begleitung von HIV-infizierten und AIDS-kranken Personen sowie von ihrem sozialen Umfeld. Koordination von stationärer Pflege bei AIDS-Kranken. Enge Zusammenarbeit mit anderen Leistungsanbietern des Gesundheits- und Sozialsystems und mit Selbsthilfegruppen. Vermittlung, Kooperation und Fallkoordination. Kollegiale Beratung zu Einzelfällen.

#### **Auftragsgrundlage:**

§§ 3, 17 und 22 ÖGDG

#### **Zielgruppe:**

HIV-infizierte oder AIDS-kranke Personen und deren soziales Umfeld.  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von öffentlichen Einrichtungen, freien Trägern, der Selbsthilfe und privaten Betrieben.

#### **Ziele:**

Unterstützung von HIV/AIDS betroffenen Menschen bei der Bewältigung der HIV-Infektion/AIDS-Erkrankung. Verbesserung und Sicherung der Versorgung HIV-Infizierter und AIDS-kranker Personen. Schließung von Versorgungslücken. Qualitativer und zielgerichteter Einsatz der Leistungen des Gesundheits- und Sozialsystems.  
Verhinderung der gesellschaftlichen Ausgrenzung HIV-Infizierter.

<b>Produkt:</b>	<b>2.2.2</b>
Psychosoziale Begleitung, Beratung HIV-infizierter und AIDS-kranker Personen	

**Leistungsumfang qualitativ:**

Einzelfallbetreuung und Unterstützung HIV-infizierter oder AIDS-kranker Personen sowie deren sozialem Umfeld. Unterstützung von MitarbeiterInnen aus Einrichtungen, die mit Personen arbeiten, die von HIV/AIDS betroffen sind.

Psychosoziale und medizinische Beratung, aufsuchende Arbeit vor Ort (Haus-, Krankenhausbesuche).

Fallübergreifende Zusammenarbeit mit Leistungsanbietern des Gesundheits- und Sozialsystems, Fallkoordination, Fallbesprechungen, Vermittlung.

Indikationsstellung und Koordination der stationären Pflege bei AIDS-kranken Personen.

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>Gesamte Anzahl der Kontakte / Beratungen zu HIV</b> mit Betroffenen, mit Angehörigen, ÄrztInnen, anderen Personen und Institutionen	<b>497</b>	<b>375</b>	<b>415</b>	<b>389</b>	<b>363</b>
a. Anzahl der begleiteten KlientInnen/PatientInnen (männlich/weiblich)	<b>36</b> (17 / 19)	<b>43</b> (18 / 25)	<b>54</b> (31 / 23)	<b>43</b> (23 / 20)	<b>37</b> (23 / 14)
b. Davon MigrantInnen ( <i>neu</i> ) (männlich/weiblich)	13 (3 / 10)	28 (10 / 18)	15 (4 / 11)	12 (4 / 8)	12
c. Davon verstorben	1	2	2	0	0
Beratungsgespräche (Inhalte) (Auszug, <i>Mehrfachnennungen</i> )	550	404	415	389	363
• Kooperationsabsprachen, Vermittlung, Koordination	245	162	160	128	130
• psychosoziale Beratung	187	162	197	173	174
• Krisenintervention, medizinische, Sozialberatung	72	43	45	60	62
<b>Ort der Beratungsgespräche</b>					
• Beratungsstelle	394	282	275	270	271
• Hausbesuch	29	41	27	33	25
• Klinik	24	16	40	12	6
• Pflegeeinrichtung	52	36	73	74	61

**Indikatoren**

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund unter den HIV- Infizierten und AIDS-Kranken wird seit 2004 erfasst. ***Ihr Anteil bleibt wie in den vergangenen Jahren relativ hoch.***

**Produkt:** 2.2.3

Informationen, Beratung, Betreuung, Untersuchung und medizinische Behandlung von Prostituierten sowie von besonderen Zielgruppen,

**Produktgruppe:** 2.2

Aufgaben im Bereich AIDS/STD (sexuell übertragbare Erkrankungen)

**Produktbereich:** 2

Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle:** - 21 -

### **Produktdefinition**

#### **Kurzbeschreibung:**

Niedrigschwelliges Angebot für Prostituierte und für weitere Gruppen mit erhöhtem Risiko für STD.

Anonyme und kostenlose psychosoziale und ärztliche Betreuung.

Sozialarbeiterische Betreuung von Einzelfällen, Fallkoordination und zielgerichtete Weitervermittlung an Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens oder der Selbsthilfe.

Aufsuchende Sozialarbeit. Prävention und Gesundheitsförderung.

Ärztliche Beratung und Untersuchung einschließlich gezielter Diagnostik und Behandlung von STD ggf. Vermittlung in das medizinische Versorgungssystem.

Angebot einer Hepatitis-B-Impfung.

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens sowie mit Selbsthilfeeinrichtungen.

#### **Auftragsgrundlage:**

§ 19 IfSG

§§ 3, 17 (1) - (3) und 22 (1) ÖGDG

#### **Zielgruppe:**

Prostituierte und ausgewählte Gruppen mit erhöhtem Risiko für STD.

Besondere Zielgruppe: ausländische Prostituierte.

Nicht krankenversicherte Personen mit hohem Infektionsrisiko.

#### **Ziele:**

Niedrigschwelliges Angebot für Zielgruppen mit erhöhtem Infektionsrisiko für STD und mit besonderen Zugangsschwierigkeiten zum gesundheitlichen Versorgungssystem.

Prävention und Gesundheitsförderung für Personen in Situationen mit erhöhtem Infektionsrisiko für sexuell übertragbare Erkrankungen.

Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation von Prostituierten insbesondere von ausländischen Prostituierten.

Diagnostik und sofortige Behandlung von STD.

Im Bedarfsfall ermöglichen von weitergehender Versorgung durch entsprechende Fachdienste des Gesundheits- und Sozialwesens.



**Produkt: 2.2.3**

Informationen, Beratung, Betreuung, Untersuchung und medizinische Behandlung von Prostituierten sowie von besonderen Zielgruppen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Information und Beratung zu allen Fragen im Zusammenhang mit sexuell übertragbaren Erkrankungen und zu Schwangerschaft.

Ärztliche Untersuchung, Diagnostik und Behandlung von STD, Diagnostik von Schwangerschaften, Hepatitis-B-Prophylaxe. Ärztliche Beratung bei gesundheitlichen Problemen. Bei Bedarf Weiterleitung zu anderen Einrichtungen des gesundheitlichen Versorgungssystems. Beratung bei sozialen Problemen. Ein- und Ausstiegsberatung, Einzelfallbetreuung, Fallkoordination, bei Bedarf Vermittlung an andere Fachdienste des Gesundheits- und Sozialwesens sowie an Selbsthilfegruppen.

Aufsuchende Arbeit (Streetwork/Apartmentarbeit).

Besonderer Schwerpunkt: Beratung ausländischer Prostituierte in Zusammenarbeit mit Dolmetscherinnen.

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>Gesamtzahl aller Kontakte im Bereich STD *)</b>	2.332	2.808	2.848	2.745	1.879
<b>1. Beratungen STD in der Beratungsstelle *)</b> (Anzahl der Kontakte)	1.769	2.056	2.022	2.119	1.675
Anzahl der in der Beratungsstelle betreuten Personen	299	312	321	272	237
• Davon Migrantinnen	226	245	265	203	181
Anzahl der Besuche in der Beratungsstelle	811	768	786	723	
• davon Erstgespräche mit Sozialarbeiterin	138	147	193	173	
• Durchschnittl. Zahl der Besuche / Person	2,71	2,46	2,45	2,66	
Inhalte der Beratungsgespräche (Auszug, Mehrfachnennungen)					
• Sozialarbeiterische Beratung (zu Ausstiegsmöglichkeiten, Sozialleistungen, Krankenversicherung etc.)	165	156	162	174	
• Vermittlung und Koordination	46	45	58	173	

\*) die hohe Zahl der Kontakte in der Beratungsstelle ist auf die seit 2004 deutlich intensivere Streetwork zurückzuführen, mit der Prostituierte motiviert werden, die Beratungsstelle aufzusuchen. Die Leistungserfassung wurde 2006 angepasst.

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>2. ärztliche Untersuchungen / diagnostische Leistungen</b> (neue Systematik ab 2006)	<b>1.240</b>	<b>1.388</b>	<b>1.103</b>	<b>1.069</b>	<b>398</b>
a. davon diagnostische Leistungen (Abstriche, Blutentnahmen und Urin-tests)	829	982	703	661	907
<b>Diagnosen</b> (neue Systematik)					
- Gonorrhoe	15	26	43	19	19
- Syphilis (Lues)	3	2	1	-	3
- Chlamydien	20	21	33	25	36
- Trichomonaden	3	4	6	4	
- Andere bakterielle Vaginosen	120	158	187	148	
- Candida	32	45	40	29	42
- HIV	2	2	4	1	
- Hepatitis B	6	9	2	4	3
- HPV (Humane Papilloma Viren)	4	7	8	2	
- HSV (Herpes genitalis)	1	8	7	4	
- Harnwegsinfekte	20	21	16	19	
- Schwangerschaft	24	10	15	21	
- andere	70	74	78	70	
<b>alle Diagnosen</b>	<b>361</b>	<b>387</b>	<b>440</b>	<b>346</b>	<b>482</b>
b. Verhältnis Diagnosen zu Zahl der Untersuchungen	0,44	0,38	0,39	0,32	0,37
c. Impfungen (Hepatitis B)	96	98	127	143	156
<b>3. Streetwork</b> (Anzahl der Kontakte)	563	752	826	626	204
davon ausländische Prostituierte	78%	73%	72 %	78 %	84 %

### Indikatoren

#### **Es gibt unverändert keine verlässlichen Basiskennzahlen.**

Als ein Indikator bei medizinischen Untersuchungen kann die Treffsicherheit, mit der pathologische Befunde ermittelt werden, gewertet werden.

Der Chlamydiennachweise wurden 2004 wegen der bundesweit beobachteten Zunahme neu aufgenommen.

Ein Indikator ist weiterhin der hohe Anteil erreichter ausländischer Prostituierte, da die Lebens- und Arbeitssituation ausländischer Prostituierte mit höheren Risiken verbunden sein kann.

**Produkt:** 2.2.4  
Präventionsmaßnahmen zu HIV/STD, Information, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit.

**Produktgruppe:** 2.2  
Aufgaben im Bereich AIDS/STD (sexuell übertragbare Erkrankungen)

**Produktbereich:** 2  
Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle:** - 21 --

### **Produktdefinition**

**Kurzbeschreibung:**  
Information, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu HIV, AIDS und STD.  
Information und Beratung für verschiedene Zielgruppen und für Institutionen und Betriebe.  
Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, Pressearbeit  
Erstellung von Informations-Medien und didaktischen Materialien

**Auftragsgrundlage:**  
§§ 3, 13, 17 und 22 ÖGDG

**Zielgruppe:**  
Bürgerinnen und Bürger  
Schwerpunkt-Zielgruppen: sozial benachteiligte Jugendliche, Migrantinnen und Migranten aus Ländern mit einer hohen HIV- Prävalenz, deutsche und ausländische Prostituierte sowie andere Personen mit besonderen Infektionsrisiken (beispielsweise Freier). Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener öffentlicher Einrichtungen, freier Träger, Selbsthilfegruppen und privater Betriebe, die als Multiplikatoren arbeiten oder die Kontakte zu Personen mit HIV / AIDS haben.

**Ziele:**  
Erhöhung des Informations- und Wissenstandes zu HIV/AIDS und STD.  
Stabilisieren und Fördern von präventivem und gesundheitsförderndem Verhalten, besonders bei Personen in Situationen mit besonderen Risiken für sexuell übertragbare Infektionen.  
Unterstützung von Prävention und Gesundheitsförderung in Bereichen wie der medizinischen und pflegerischen Versorgung und in Bildungsinstitutionen.

**Produkt: 2.2.4**

Präventionsmaßnahmen zu HIV/STD, Information, Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit.

**Leistungsumfang qualitativ:**

Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachpersonal, für Institutionen und Betriebe. Gruppenbezogene Beratung für ausgewählte Zielgruppen wie sozial benachteiligte Jugendliche, Migrantinnen und Migranten.

Beratung von Institutionen zur Entwicklung und Gestaltung von Gesundheitsförderung und zu Präventionsmaßnahmen für HIV/AIDS und STD.

Projektarbeit, um neue Zielgruppen mit spezifischem Informationsbedarf oder besonderen Infektionsrisiken zu erreichen.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, Pressearbeit.

Die erfolgreiche Entwicklung und Durchführung solcher Aktivitäten basiert auf einer engen Kooperation mit anderen Einrichtungen wie Rat & Tat Zentrum für Homosexuelle und Lesben e. V., Pro Familia Bremen, Schulen (Die Leistungen werden auch in Zusammenarbeit mit 2.3. und 2.4 erbracht)

**Leistungsumfang quantitativ:**

<b>Prävention / Öffentlichkeitsarbeit</b> Veranstaltungen und Projekte in den Bereichen Information, Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit	<b>2009</b>	<b>2008</b>	<b>2007</b>	<b>2006</b>	<b>2005</b>
<b>Gesamtzahl der mit Veranstaltungen erreichten Personen</b> (neu zusammengefasst seit 2005)	<b>4.098</b>	<b>8.422</b>	<b>5.526</b>	<b>10.500</b>	<b>3.340</b>
Anzahl der Veranstaltungen insgesamt	37	41	69	57	32
a. davon Anzahl Jugendliche (Jugendfilmtage, Dance 4 Life, B/BFS Klassen)	3.200	4.614	4.235	4.800	2.500
b. davon Pflegepersonal	82	82	138	122	100
c. andere Berufe (Lehrer, Sozialpädagogen)	61	19		57	
d. Studentinnen / Studenten	60	75	75	110	
e. Afrikaprojekt / MigrantInnen	670	3.482 *)	810	1.700	700
f. Fachpublikum	20	30	168	65	
g. Sonstige	5	120	100	3.700 **)	

\*) Zwei Veranstaltungen zum Afrika Cup/ Pan- Afrika, mit denen sehr viele Afrikaner erreicht wurden.

**Indikatoren**

Sichere Erfolgsindikatoren gibt es nicht. Die Zahl der mit den Präventionsaktivitäten erreichten Personen gibt Auskunft über die Akzeptanz von Maßnahmen, nicht aber über kurz- und langfristige Effekte.

**Produkt: 2.3.1**

Unterstützung und Beratung von Gruppen und Einzelpersonen

**Produktgruppe: 2.3**

Selbsthilfeförderung, Projektförderung und Gesundheitsförderung

**Produktbereich: 2**

Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle: - 23-****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Beratung von Einzelpersonen und Institutionen zu Angeboten der Gesundheitsförderung, Aus- und Bewertung gesundheitsfördernder Leistungen  
Anregung und Durchführung gesundheitsfördernder Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Institutionen und Trägern der Kommune in den Bereichen Gesundheitsförderung und gesundheitliche Hilfen, Koordination von Aktivitäten  
Persönliche und telefonische Beratung zu Selbsthilfe und Vermittlung in Selbsthilfegruppen.  
Beratung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen in allen Angelegenheiten.

**Auftragsgrundlage:**

§ 13 ÖGDG in Verbindung mit § 3  
§ 20 SGB V

**Zielgruppe:**

Allgemeine Öffentlichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des (kommunalen) Gesundheitswesens, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Krankenkassen und anderen Institutionen in der Gesundheits- und Selbsthilfeförderung,  
Bürgerinnen und Bürger mit überwiegend chronischen Erkrankungen und Behinderungen und Unterstützungsbedarf durch Selbsthilfe  
Selbsthilfegruppen aus den Bereichen Gesundheit / Krankheit / Behinderungen und Sucht  
Arztpraxen, Psychotherapeuten

**Ziele:**

Verbesserung der systematischen Nutzung der in Bremen existierenden gesundheitsfördernden Angebote aller Anbieter  
Verbesserung der Qualität gesundheitsfördernder Maßnahmen, Initiierung von Projekten  
Stärkung von Selbsthilfepotentialen und Unterstützung existierender Selbsthilfegruppen  
Schaffung und Pflege einer systematischen Daten- und Informationsbasis über gesundheitsfördernde Angebote und über Selbsthilfe in Bremen

**Produkt: 2.3.1**

Unterstützung und Beratung von Gruppen und Einzelpersonen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Beratung und Vermittlung von Bürgerinnen und Bürgern mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen oder psychosozialen Problemen zu Selbsthilfegruppen und anderen gesundheitlichen Hilfen

Beratung anderer Institutionen im Gesundheitswesen

Auswertung der Beratung und Analyse besonderer Problemstellungen

Bewertung gesundheitsfördernder Maßnahmen

Initiierung von Projekten inklusive der Gründung neuer Gruppen

Beratung von Selbsthilfegruppen zu Finanzierung, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung

Ausbau und Pflege der vorhandenen Datenbasis über Selbsthilfe und Gesundheitsförderung

Zusammenarbeit mit Behörden, Trägern und anderen Gruppen und Organisationen in der Kommune

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Beratungskontakte insgesamt	945	915	935	830	815
• davon Einzelpersonen	801	768	800	725	704
• davon Institutionen	144	147	135	105	111

Anteil der telefonischen Beratungskontakte	88%	88%	90%	91%	86,4%
Projekte und Initiativen zur Gründung neuer SHG	2	3	2	3	3
Besondere Fragestellungen und Aktivitäten *)	14	6	ca. 15	1	5

**Indikatoren**

1. die institutionelle Beratung hat auf der Ebene von Einzelkontakten abgenommen durch die Etablierung eines regelmäßigen „Forum Gesundheitliche Selbsthilfe“ seit 2004, mit dem immer zahlreiche Gruppen und Initiativen gleichzeitig erreicht und beraten werden.
2. gelungene Gründungsinitiativen für Selbsthilfegruppen: 3

**Anmerkungen**

Durch die im Jahresbericht 2004 beschriebene Erweiterung und Veränderung des Leistungsspektrums sind rein quantitative Vergleiche wenig aussagekräftig. Die Zahl der Beratungen ist nach Einführung neuer Instrumente (s.o.) nicht vergleichbar. Es bleiben Einzelberatungen zu speziellen Fragen.

- \*) 2009: siehe auch Vorbemerkung. Zusätzliche Informationsveranstaltungen über Selbsthilfeunterstützung für Hochschule Bremen, FB Soziale Arbeit, Kooperation mit der KV-HB zur Organisation und Durchführung der Veranstaltungsreihe „KVHB – Hautnah“, Beteiligung am Bremer Selbsthilfetag 2009 (Rathaus) und weitere Maßnahmen

**Produkt: 2.3.2**

Förderung von Selbsthilfegruppen und Projekten einschließlich Bearbeitung und Beratung von Förderanträgen, Budgetverantwortung und Gestaltung von Förderverfahren, Vergabe von Fördermitteln

**Produktgruppe: 2.3**

Selbsthilfeförderung, Projektförderung und Gesundheitsförderung

**Produktbereich: 2**

Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle: - 23 -**

**Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Bearbeitung der Förderanträge, Budgetsteuerung und Vergabe der Fördermittel für SHG's, Frauengesundheitsprojekte, GTP- West. Beratung zu den Förderanträgen, Begutachtung von und Stellungnahmen zu Förderanträgen in Zusammenarbeit mit dem Beirat des „Selbsthilfering Bremen“. Koordinierende und andere Unterstützerleistungen im „Selbsthilfering Bremen“, Kooperation mit Leistungs- und Kostenträgern der gesundheitlichen Versorgung.

**Auftragsgrundlage:**

Förderrichtlinien der Senatorischen Behörde  
§ 13 ÖGDG in Verbindung mit § 3  
Landeshaushaltsordnung  
§ 20 SGB V (Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen)

**Zielgruppe:**

Selbsthilfegruppen  
Frauengesundheitsprojekte und GTP Bremen– West  
Selbsthilfe- Unterstützerstellen  
Krankenkassen und andere Institutionen in der Selbsthilfeförderung und Gesundheitsförderung

**Ziele:**

Systematische Förderung der gesundheitlichen Selbsthilfe und von gesundheitsbezogenen Projekten, Institutionen und Initiativen in Bremen. Gezielter Einsatz und Koordination von Ressourcen in der gesundheitlichen Selbsthilfe und von Gesundheitsprojekten. Gewinnung zusätzlicher Fördermittel und Förderleistungen von Dritten  
Koordination der Fördermittel der GKV



**Produkt: 2.3.2**

Förderung von Selbsthilfegruppen und Projekten einschließlich Bearbeitung und Beratung von Förderanträgen, Budgetverantwortung und Gestaltung von Förderverfahren, Vergabe von Fördermitteln

**Leistungsumfang qualitativ:**

Beratung von Gruppen und Projekten zur finanziellen Förderung (gesundheitliche Selbsthilfe, Selbsthilfe im Bereich Behinderte und legale Sucht, Frauengesundheitsprojekte, GTP- West) Bearbeitung und Bewilligung der Förderanträge in Zusammenarbeit mit dem Beirat Selbsthilfering Bremen, der Gesundheitsdeputation, den Krankenkassen und der Senatorischen Behörde. Steuerung des kommunalen Budgets, Beteiligung an der konzeptionellen Weiterentwicklung der geförderten Gruppen und Projekte, Aufbau von Berichterstattung und Controlling Kooperation mit Leistungs- und Kostenträgern der gesundheitlichen Versorgung Akquisition zusätzlicher Ressourcen

**Leistungsumfang quantitativ:**

Beträge in €	2009	2008	2007	2006	2005
Finanzmittel für Selbsthilfe (incl. legale Sucht)	188.160	188.160	188.160	188.160	188.160
Fördermittel der GKV nach § 20 SGB V **)	17.035	16.901	14.954	14.960	14.620
	<b>205.195</b>	<b>205.061</b>	<b>203.114</b>	<b>203.120</b>	<b>202.780</b>
Anträge auf SH- Förderung	75	78	73	73	71
bewilligte einmalige SH- Förderanträge	73	73	71	67	65
bewilligte zweimalige Anträge	0	3	0	3	4
abgelehnte SH- Förderanträge	2	2	2	3	2
GTP- West:	102.260	102.260	102.260	102.260	102.260
Frauenprojekte:	259.440	259.440	238.000	238.000	238.000
Zahl der Frauenprojekte	2	2	2	2	2
geförderte Frauenprojekte	2	2	2	2	2

\*\*) Zahlentwicklung entspricht der Zahl der Mitglieder in der GKV.

Indikatoren	2009	2008	2007	2006	2005
Beträge in €					
Antragssumme	383.823	379.852	430.694	398.207	387.794
förderfähige Ausgaben der SHG	299.799	311.623	362.971	352.112	347.936
Förderbeträge	205.195	205.061	203.114	203.120	202.780
Relation tatsächliche Förderung: beantragte Förderung ("Förderquote 1")	53%	54%	47%	51%	52%
Relation tatsächliche Förderung: förderfähige Ausgaben (reale "Förderquote 2")	68%	66%	56%	58%	58%

**Anmerkungen**

Keine

**Produkt: 2.4.1**

Untersuchung und Basisversorgung von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen  
Einzelberatung, Systemberatung und Erarbeitung von Grundlagen zur Gesundheitssicherung aller Migrantengruppen

**Produktgruppe: 2.4**

Gesundheitssicherung für Zuwanderer

**Produktbereich: 2**

Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle: - 24- (Referat 22)****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Ärztliche Sprechstunden in Erst- und Folgeunterkünften, Durchführung von Untersuchungen, Behandlung. Vermittlung in weitere Diagnostik und / oder zu weitergehenden therapeutischen Maßnahmen. Gutachterliche Stellungnahmen in Einzelfällen.  
Beratung von und Kooperation mit Institutionen und deren Mitarbeitern in gesundheitlichen Fragen von Migranten

**Auftragsgrundlage:**

§ 62 Asylverfahrensgesetz  
§§ 17 und 22 ÖGDG, auch § 9 ÖGDG  
Asylbewerberleistungsgesetz  
§ 36 IFSG  
Integrationskonzept des Senats

**Zielgruppe:**

Zuwanderer in Bremen, insbesondere Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge  
Aussiedler, weitere Menschen mit Migrationshintergrund

**Ziele:**

Erfüllung des Auftrages nach § 62 Asylverfahrensgesetz unter in Bremen entwickelten einheitlichen Standards  
Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Zuwanderern, Überwindung von Zugangsbarrieren zum Gesundheitssystem, rationelle und gezielte Überweisungen zur weiteren Diagnostik oder Weiterbehandlung, Optimierung der Kooperation mit niedergelassenen Ärzten und Kliniken,  
Verknüpfung mit anderen Leistungen des ÖGD  
Anpassung des Angebotes an epidemiologische Situation und Bedarfe in den Einrichtungen  
Anpassung und Optimierung des Untersuchungsprogramms  
Integration älterer Migranten in die pflegerische Versorgung im Rahmen der gesetzlichen Leistungen

**Produkt: 2.4.1**

Untersuchung und Basisversorgung von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Ärztliche Sprechstunden in Erst- und Folgeunterkünften

Freiwillige, primärärztliche Untersuchung und Behandlung, Veranlassung weiterführender Diagnostik, obligatorische Untersuchungen nach IFSG in der ZAST, Fortführung und Koordination der ärztlichen Beratung und Behandlung, wenn indiziert.

Primärärztliche Versorgung und Beratung weiterer Zuwanderergruppen bei Bedarf (Bürgerkriegsflüchtlinge, Aussiedler)

Gutachterliche Untersuchungen und Stellungnahmen in Einzelfällen

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Betreute Einrichtungen	4	5	7 (5) *	7	7
Gesamtzahl der Untersuchungen	1.317	2.059	2.885	2.936	3.070
Gesamtzahl der untersuchten Patienten	345	363	404	488	644
weiblich	35%	36%	39%	36%	36%
männlich	65%	64%	61%	64%	64%
Alter 0 – 16 Jahre	25%	26%	32%	29%	24,1%
Alter 17 – 50 Jahre	68%	67%	65%	66%	71,6%
Alter 50 + Jahre	7%	7%	3%	5%	4,3%
Alter unbekannt	0	0	0	0	0
• davon <b>erstmalige</b> Untersuchungen	190	139	117		195
• durchschnittliche Zahl der Untersuchungen je Patient	3,8	5,7	7,1	6,02	4,77
• dabei Behandlungen in der Sprechstunde	989 = 75,1%	1.614 = 78,4%	2.480 = 86%	2.358 = 80,3%	2.692 = 87,69%
• dabei Medikamentenausgabe in der Sprechstunde	954 = 72,4%	1.590 = 77,2%	2.431 = 84,3%	2.323 = 79%	2.634 =
Befunde und vorläufige Diagnosen **)	1.415	2.171	3.058	3.081	3.315
Relation Befunde und Diagnosen / Patienten	4,1	6,0	7,57	6,31	5,15

**Indikatoren**

<b>Inanspruchnahme der ärztlichen Sprechstunde:</b>	2009	2008	2007	2006	2005
Zugang an Asylbewerbern in der Stadtgemeinde Bremen ***)	215	186	153	168	215
Zugänge einschließlich Kriegsflüchtlingen ***)	207	186	170		246
Erstmalige Untersuchungen	160	104	77	114	126
Untersuchungen nach IFSG	<b>106</b>	<b>76</b>	<b>61</b>	<b>43</b>	<b>123</b>
<b>Behandlungen/ Überweisungen</b>					
Anteil der Überweisungen an Niedergelassene Ärzte aufgrund der eigenen Untersuchungen	8,93%	4,47%	5,30%	5,38%	7,69%
Anteil der Überweisungen an andere Dienste des Gesundheitsamtes (SPsD, Sozialpädiatrie etc.)	0,15%	0,24%	0,31%	0,61%	0,78%
Überweisungen/ Einweisungen in stationäre Behandlung	0	0	0	0	0
Alle Überweisungen	<b>9,08%</b>	<b>4,71%</b>	<b>5,61%</b>	<b>5,99%</b>	<b>8,47%</b>

**Anmerkungen**

- \*) Schließung der Einrichtungen Nushorn und Rekumer Straße November und Dezember 2007, ab 01.01.2008 daher 5, seit 2009 4 Einrichtungen.
- \*\*\*) Wie in den Vorjahren überwiegen die Diagnosekapitel R (nicht klassifizierte Symptome und Befunde 23,9%) und J (Atemwege – 20,0%)
- \*\*\*) Die Zugangszahlen nach EASY – Statistik sind nach wie vor ungenau. Die Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern entfällt seit 2008.

**Produkt: 2.4.2**

Humanitäre Sprechstunde für Papierlose

**Die Produktbeschreibung ist noch vorläufig !!!****Produktgruppe: 2.4**

Gesundheitssicherung für Zuwanderer

**Produktbereich: 2**

Sozialmedizinische Aufgaben im Bereich Erwachsene

**Verantwortliche Stelle: - 24 – (Referat 22)****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Einführung und Betrieb medizinischer Basisversorgung für Papierlose Migranten in der Stadt Bremen (Humanitäre Sprechstunde)

**Auftragsgrundlage:**

§§ 17 und 22 ÖGDG, auch § 9 ÖGDG

Integrationskonzept des Senats

**Zielgruppe:**

in Bremen lebende Migranten ohne Papiere („illegale Migranten“),

**Ziele:**Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Zuwanderern, die keinen regulären Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Primärmedizinische Basisversorgung verbunden mit einem effizienten Einsatz der Ressourcen. Verknüpfung mit anderen Leistungen des Gesundheitswesens (besonders ÖGD). Kooperationsvereinbarungen mit Leistungserbringern im ambulanten und stationären Sektor. Flexible Reaktion auf akute Probleme  
Gewinnung epidemiologischer Daten.

**Produkt: 2.4.2**

Humanitäre Sprechstunde für Papierlose

**Die Produktbeschreibung ist noch vorläufig !!!****Leistungsumfang qualitativ:**

Unmittelbare primärärztliche Versorgung mit begrenztem Leistungsumfang.

Kooperation mit Innerer Mission und MediNetz. Weiterleitung in notwendige ambulante oder stationäre ärztliche und zahnärztliche Behandlung, wenn erforderlich.

Koordination des Untersuchungsangebotes mit anderen Angebotsformen und Trägern.

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009				
Patienten	36				
Untersuchungen	71				
Kontakte / Patient	1,97				

**Indikatoren**

	2009				
Indikatoren sind noch nicht entwickelt					

**Anmerkungen**

## Zusammenfassung zum Leistungsbericht 2009

### Abteilung 3 – Gesundheit und Umwelt

In den nachfolgenden Vorbemerkungen sollen wichtige Entwicklungen im Arbeitsbereich der Abteilung 3, Gesundheit und Umwelt hervorgehoben werden. Die aktuellen Zahlen für 2009 sind stets grau unterlegt. Dabei ist zu beachten, dass zahlreiche Zahlen zu den verschiedenen Produkten von Seiten des Gesundheitsamtes nicht beeinflusst werden können. Jahresdaten, die sich im langjährigen Schwankungsbereich der jeweiligen Daten bewegen, werden auch bei Abweichungen > 10% nicht gesondert kommentiert.

Besonderes Augenmerk lag im Jahr 2009 auf der so genannten „Schweinegrippe“ und dadurch bedingten **Infektionsmeldungen**. Diese lagen bezogen auf die Influenza um den Faktor 10 höher als im Jahr 2008 in der Stadt Bremen und insgesamt um 76 % höher im Vorjahr. Auch führten zahlreiche Ausbrüche mit den Brech-Durchfall verursachenden Noroviren zu Meldungen von Erkrankungsfällen in verschiedenen Einrichtungen in Bremen. Auf Landesebene ist ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen, der sich in entsprechenden Inzidenzen ausdrückt.

Im Zusammenhang mit der Schweinegrippe und dem entsprechenden Personalbedarf zur Durchführung der Pandemie-Impfung und Bearbeitung der Erkrankungsmeldungen sind die Zahlen für die **hygienische Überwachung medizinischer- und anderer hygienisch relevanter Einrichtungen** um etwa 40 % auf den niedrigsten Stand der letzten 5 Jahre, gesunken.

Auf der anderen Seite war bei den **Belehrungen für Bescheinigungen für Beschäftigte im Lebensmittelbereich** eine weitere Steigerung der Zahlen auf den höchsten Stand seit 2005 zu verzeichnen. Auch die **telefonische Beratung zu hygienischen Missständen und Schädlingsbefall** hat um 20 % gegenüber dem Vorjahr in 2009 zugenommen und ebenfalls den höchsten Stand seit 5 Jahren erreicht.

Bei **Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren** war gegenüber 2008 eine Steigerung der Zahl der Verfahren um 38 % zu verzeichnen und damit ebenfalls der Höchststand in den letzten 5 Jahren festzustellen. Gleiches gilt für **Stellungnahmen und Gutachten in Genehmigungsverfahren und Planungsvorhaben**, bei denen sogar eine Zunahme von über 50 % gegenüber 2008 festzuhalten ist. Diese Entwicklungen gehen zusätzlich mit zunehmend komplexer werdenden Fragestellungen in den Verfahren einher. Hier ist insbesondere das Thema „Umgebungsärm“ zu nennen.

In der **Bauleitplanung** waren 2009 zwar 57 % weniger Stellungnahmen zu erstellen als 2008, was jedoch nichts über den damit verbundenen Aufwand aussagt.

Ein Rückgang der Zahlen ist bei der **Überwachung von Badewasser** festzustellen. Der Rückgang beträgt ca. 37 % und ist mit der angespannten Personalsituation aufgrund von Erkrankungen zu erklären. Wir gehen davon aus, dass sich die Situation im Jahre 2010 wieder entspannen wird.

Die Abnahme der **Erstanfragen in der Bürgerberatung zu umwelthygienischen Fragestellungen** um 25 % hat auf den ersten Blick sehr überrascht. Eine ergänzende Auswertung der Logfiles (Nutzung der vorhandenen Informationen auf der Homepage des Gesundheitsamtes) führte jedoch zu einer möglichen Erklärung dieses Phänomens. Ein erheblicher Teil der Bürgerinnen und Bürger scheint die Fachinformationen der Abteilung 3 zunehmend über deren Homepage zu nutzen. Dies spiegelt sich auch in der Art der Beratung am Telefon wider. So deckt das Angebot der Homepage vorwiegend Basisinformationen ab, während am Beratungstelefon zunehmend komplexe Problemfälle bearbeitet werden, die in ihrer Beratungszeit auch deutlich ausgeprägter sind als in den Vorjahren. Eindeutiger Spitzenreiter bei

den Beratungsthemen ist der Problemkomplex „Feuchtigkeit und Schimmel“. Allein das Beratungsfaltblatt zur Sanierung von Schimmelschäden erreichte mit über 26.000 Abrufen unumstritten die Spitzenposition bei den Downloads von der Homepage des Gesundheitsamtes. Die Zahl der Abrufe hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Insgesamt wurden Fachinformationen der Abteilung 3 mehr als 45.000 mal von gut 38.000 Besuchern von der Homepage heruntergeladen. Damit entfallen auf jeden Besucher ca. 1,2 Downloads, was als sehr gezieltes Ansteuern der Homepage für bestimmte Informationen gewertet werden kann. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Entwicklungen in den nächsten Jahren fortsetzen.

Zur **Kommunalen Gesundheitsberichterstattung** ist das breite Spektrum an in 2009 behandelten Berichtsthemen ebenso anzumerken wie der lange Atem, der bezogen auf die Wirkungen von Berichtserstattung teilweise nötig ist. Näheres ist unter den „Indikatoren“ nachzulesen. Last but not least sei auf die hohe fachliche Anerkennung der GBE hingewiesen, was sich u. a. an den Vortragseinladungen zu zahlreichen bundesweit bedeutsamen Fachkongressen ablesen lässt.

gez. Dr. J. Dullin



**Produkt: 3.1.1**

Fallbezogene Infektionshygiene

**Produktgruppe: 3.1**

Personenbezogener Infektionsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 30 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Bearbeitung meldepflichtiger Infektionskrankheiten, Beratung und Untersuchung der betroffenen Personen, Veranlassung von Tätigkeitsverboten. Aufklärung, Beratung und Untersuchung der Kontaktpersonen. Prävention und Beratung in Gemeinschaftseinrichtungen, Weiterleitung der Meldungen an das LKZ (siehe Produkt 3.1.2)

**Auftragsgrundlage:**

Infektionsschutzgesetz  
ÖGDG, insbesondere § 22

**Zielgruppe:**

Personen, die an meldepflichtigen Infektionskrankheiten erkrankt sind, sowie  
Personen ihres unmittelbaren Lebensumfeldes  
Träger von Gemeinschaftseinrichtungen  
Beteiligte Ärzte

**Ziele:**

Eingrenzung von Infektionskrankheiten  
Ermittlung von Infektionsquellen und Folgefällen  
Erkennung von Infektionskrankheiten und Sicherstellung der Therapie  
Aufklärung und Information zu Infektionskrankheiten

**Produkt: 3.1.1**

Fallbezogene Infektionshygiene

**Leistungsumfang qualitativ:**

Fallbezogene Aufklärung / Empfehlung / Beratung für

- Einzelpersonen, Gruppen / Familien
- Institutionen

Einleitung von Maßnahmen

- Durchführung von Umgebungsuntersuchungen zur Quellensuche bzw. Früherkennung von Folgefällen
- Empfehlung von Hygienemaßnahmen
- Therapieeinleitung/-überwachung
- Erlass und Aufhebung von Tätigkeitsverboten
- Einleitung medizinisch-technischer Eigen- und Fremdleistungen

Vermittlung sozialer Hilfen

Veranlassung behördenübergreifender Ermittlungen

Unterstützung der Behandlung, Nachschau bei Ektoparasitenbefall in besonderen sozialen Problemlagen

Öffentlichkeitsarbeit

Weiterleitung der anonymisierten Meldungen gem. Falldefinition an das LKZ (siehe Produkt 3.1.2)

<b>Leistungsumfang quantitativ:</b>	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl aller gemeldeter Infektionskrankheiten gem. §§ 6, 7 IfSG	4.374(*)	2.481(**)	2.867(**)	1.727	2.186
Meldungen gemäß RKI-Falldefinition / Weiterleitung an das LKZ-Bremen	3.112	2.159	2.556	1.355	1.814
Anzahl Personen in Umgebungsuntersuchungen TBC	617	453	720	796	902
Anzahl Tätigkeitsverbote (davon eingeschränkt)	7 (1)	6 (1)	10 (2)	1 (0)	3 (1)
(a) Zahl der Kontakte zu Personen <b>mit</b> Ektoparasitenbefall im GAB:	a) 20	a) 34	a) 83	a) 106	a) 122
(b) Assistierte Behandlung durch GAB:	b) 2	b) 11	b) 12	b) 19	b) 14
(c) Befallskontrolle Personenzahl gesamt:	c) 72	c) 118	c) 164	c) 276	c) 359
Benachrichtigungen nach § 34 IfSG	474	596	496	528	508
(a) Kindergarten	a) 120	a) 100	a) 129	a) 172	a) 145
(b) Schule	b) 334	b) 492	b) 345	b) 336	b) 359
(c) Sonstige Einrichtungen	c) 20	c) 4	c) 22	c) 20	c) 4

(\*)Ursache der hohen Fallzahl sind Influenza A H1N1v-Meldungen ("Schweinegrippe") und mehrere Norovirus-Häufungen in Gemeinschaftseinrichtungen (Alten- / Pflegeheime und Krankenhäuser).

(\*\*) Ursache der hohen Fallzahl sind mehrere Norovirus-Häufungen in Gemeinschaftseinrichtungen (Alten- / Pflegeheime und Krankenhäuser).

<b>Produkt: 3.1.1</b> Fallbezogene Infektionshygiene			
<b>Indikatoren</b>	2009	2008	2007
<i>Fallzahlen</i> und Inzidenzen (pro 100.000 Einwohner) ausgewählter Infektionskrankheiten in der <u>Stadtgemeinde Bremen</u> (Fälle nach der Referenzdefinition des RKI - über SurvSTAT <sup>®</sup> ermittelt)	Fallzahl / Inzidenz (*)	Fallzahl / Inzidenz (*)	Fallzahl / Inzidenz (*)
Adenovirus	0	0	1 / 0,18
Botulismus	0	0	0
Brucellose	0	0	0
Campylobacter	353 / 64,49	426 / 77,77	318 / 58,04
CJK (Creutzfeldt Jakob Erkrankung)	0	2 / 0,37	1 / 0,18
Denguefieber	1 / 0,18	2 / 0,37	3 / 0,55
Escherichia Coli (pathogene)	25 / 4,57	35 / 6,39	29 / 5,29
EHEC (Enterohämorrhagische E. Coli)	2 / 0,37	1 / 0,18	4 / 0,73
Giardia lamblia (Giardiasis)	35 / 6,39	26 / 4,75	18 / 3,29
Hämophilus Influenzae	2 / 0,37	1 / 0,18	0
Hantavirus-Erkrankung	0	0	0
Hepatitis A	8 / 1,46	8 / 1,46	7 / 1,28
Hepatitis B - akute Fälle	5 / 0,91	4 / 0,73	4 / 0,73
Hepatitis C - akute Fälle	17 / 3,11	14 / 2,56	28 / 5,11
Hepatitis D	1 / 0,18	0	0
Hepatitis E	0	0	0
HUS (Hämolytisch urämisches Syndrom)	0	0	0
Influenza	580 / 105,96	54 / 9,86	77 / 14,05
Kryptosporidiose	5 / 0,91	5 / 0,91	13 / 2,37
Legionellose	7 / 1,28	4 / 0,73	5 / 0,55
Leptospirose	1 / 0,18	0	1 / 0,18
Listeriose	4 / 0,73	3 / 0,55	4 / 0,73
Masern	0	2 / 0,37	1 / 0,18
Meningokokken-Erkrankung	4 / 0,73	2 / 0,37	2 / 0,37
MRSA (in Liquor oder Blut)	9 / 1,64	nicht meldepflichtig	nicht meldepflichtig
Norovirus	1.162 / 212,29	829 / 151,34	1.358 / 247,84
Paratyphus	1 / 0,18	0	0
Rotavirus	263 / 48,05	386 / 70,47	303 / 55,30
Salmonellose	113 / 20,64	232 / 42,35	256 / 46,72
Shigellose	6 / 1,10	7 / 1,28	8 / 1,46
Tuberkulose	46 / 8,40	35 / 6,39	54 / 9,86
Typhus	2 / 0,37	2 / 0,37	1 / 0,18
VHF, andere Erreger	1 / 0,18	0	0
Yersiniose	24 / 4,38	18 / 3,29	16 / 2,92
Fallfindung TBC im Rahmen von Umgebungsuntersuchungen (Fälle/Untersuchungen)	1 % (6 von 617)	0,9 % (4 von 453)	0,8 % (6 von 720)
Durchgeführte Untersuchungen:			
- Test nach Mendel Mantoux	335	225	632
- Röntgenuntersuchungen (Umgebungsuntersuchungen)	272	230	325
- sonstige Befunde (Sputa, Thorax-CT, u.a.)	391	243	277
- IGRA (Interferon-gamma Release Assay)	228	94	11
- Röntgenuntersuchungen - Zuwanderer	81	53	32

(\*) Entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl in der Stadtgemeinde Bremen nach Angaben des Statistischen Bundesamts.

**Produkt: 3.1.2**

Landeskompetenzzentrum für Infektionskrankheiten

**Produktbereich: 3.1**

Personenbezogener Infektionsschutz

**Verantwortliche Stelle: - 30 -**

**Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Schnittstelle zwischen dem RKI als Bundesbehörde und den kommunalen Gesundheitsämtern im Lande Bremen

**Auftragsgrundlage:**

Infektionsschutzgesetz  
Auftrag durch die Landesgesundheitsbehörde

**Zielgruppe:**

RKI  
Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales  
Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven  
Statistisches Landesamt

**Ziele:**

Gesundheitsberichterstattung  
Verbesserung der Datenlage zu Infektionskrankheiten  
Standardisierung der Datenerfassung im Land Bremen

**Produkt: 3.1.2**

Landeskompetenzzentrum für Infektionskrankheiten

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Datenerfassung der gemeldeten Infektionskrankheiten
- Sichtung und Plausibilitätsprüfung der Daten
- Übermittlung zusammengefasster Daten an das RKI
  
- EDV-Bereitstellung für die Gesundheitsämter
- Schulung der MitarbeiterInnen der Gesundheitsämter
  
- Teilnahme an Bund-Länder-Sitzungen

**Leistungen quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Vom LKZ an das RKI übermittelte Fälle	4.089 (*)	2.561(**)	2.941(**)	1.515	2.038
Fälle nach RKI - Referenzdefinition (Veröffentlichung im Epi-Bulletin)	3.650	2.493	2.895	1.484	2.006
Nichtnamentliche Labormeldungen vom Labor direkt zum RKI (nach § 7 (3) IfSG)	89	87	50	51	90

(\*)Ursache der hohen Fallzahl sind Influenza A H1N1v-Meldungen ("Schweinegrippe") und mehrere Norovirus-Häufungen in Gemeinschaftseinrichtungen (Alten- / Pflegeheime und Krankenhäuser).

(\*\*)Ursache der hohen Fallzahl sind mehrere Norovirus-Häufungen in Gemeinschaftseinrichtungen (Alten- / Pflegeheime und Krankenhäuser)

<b>Produkt: 3.1.2</b>			
Landeskompetenzzentrum für Infektionskrankheiten			
	2009	2008	2007
Fallzahlen und Inzidenzen (pro 100.000 Einwohner) ausgewählter Infektionskrankheiten für das <u>Bundesland Bremen</u> (Fälle nach der Referenzdefinition des RKI - über SurvSTAT <sup>®</sup> ermittelt)			
<b>I. Namentliche Meldepflicht:</b> (über das LKZ an das RKI)	Fallzahl / Inzidenz (*)	Fallzahl / Inzidenz (*)	Fallzahl / Inzidenz (*)
Adenovirus	0	1 / 0,15	1 / 0,15
Botulismus	0	0	0
Brucellose	0	0	0
Campylobacter	405 / 61,19	480 / 72,39	369 / 55,57
CJK (Creutzfeldt Jakob Erkrankung)	0	2 / 0,30	1 / 0,15
Denguefieber	1 / 0,15	2 / 0,30	3 / 0,45
Escherichia Coli (pathogene)	25 / 3,78	35 / 5,28	30 / 4,52
EHEC (Entero hämorrhagische E. Coli)	2 / 0,30	2 / 0,30	6 / 0,90
Giardia lamblia (Giardiasis)	35 / 5,29	26 / 3,92	18 / 2,71
Hämophilus Influenzae	2 / 0,30	1 / 0,15	0
Hantavirus-Erkrankung	0	0	0
Hepatitis A	9 / 1,36	8 / 1,21	7 / 1,05
Hepatitis B	7 / 1,06	5 / 0,75	5 / 0,75
Hepatitis C	34 / 5,14	47 / 7,09	50 / 7,53
Hepatitis D	1 / 0,15	0	0
HUS (Hämolytisch urämisches Syndrom)	0	0	0
Influenza	1.127 / 170,28	56 / 8,45	93 / 14,01
Kryptosporidiose	9 / 1,36	11 / 1,66	15 / 2,26
Legionellose	7 / 1,06	4 / 0,60	7 / 1,05
Leptospirose	1 / 0,15	0	1 / 0,15
Listeriose	5 / 0,76	3 / 0,45	4 / 0,60
Masern	0	6 / 0,90	1 / 0,15
Meningokokken-Erkrankung	5 / 0,76	3 / 0,45	2 / 0,30
MRSA (in Liquor oder Blut)	9 / 1,36	nicht meldepflichtig	nicht meldepflichtig
Norovirus	1.456 / 219,98	1.001 / 150,96	1.557 / 234,50
Paratyphus	1 / 0,15	0	0
Rotavirus	292 / 44,12	432 / 65,15	331 / 49,85
Salmonellose	133 / 20,09	294 / 44,34	303 / 45,63
Shigellose	6 / 0,91	7 / 1,06	8 / 1,20
Tuberkulose	55 / 8,31	45 / 6,79	58 / 8,74
Typhus	2 / 0,30	2 / 0,30	1 / 0,15
VHF, andere Erreger	1 / 0,15	0	0
Yersiniose	29 / 4,38	20 / 3,02	24 / 3,61
<b>II. Nichtnamentliche Meldepflicht:</b> (§ 7 (3) IfSG; vom Labor direkt an das RKI)			
Echinokokkose	1 / 0,15	1 / 0,15	0
HIV	36 / 5,44	41 / 6,18	29 / 4,37
Malaria	16 / 2,42	14 / 2,11	4 / 0,60
Syphilis	36 / 5,44	31 / 4,68	17 / 2,56

(\*) Entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl im Land Bremen nach Angaben des Statistischen Bundesamts.

**Produkt: 3.1.3**

Bescheinigungen für Beschäftigte im Lebensmittelbereich

**Produktbereich: 3.1**

Personenbezogener Infektionsschutz

**Verantwortliche Stelle: - 30 -**

**Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Aufklärung und Informationen für Beschäftigte im Lebensmittelbereich zu infektionshygienischen Fragen

**Auftragsgrundlage:**

§§ 42/43 Infektionsschutzgesetz

**Zielgruppe:**

Erstmalig im Lebensmittelbereich Beschäftigte  
Arbeitgeber

**Ziele:**

Aufklärung der Zielgruppe über relevante Infektionskrankheiten  
Informationen zur Prävention von Lebensmittelinfektionen  
Stärkung der Eigenverantwortung von Arbeitgebern und Beschäftigten

**Produkt: 3.1.3**

Bescheinigungen für Beschäftigte im Lebensmittelbereich

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Abwicklung der organisatorischen Vorarbeiten
- Erstellen/Aktualisieren/Beschaffung von Materialien zur schriftlichen und mündlichen Belehrung
- Durchführung der mündlichen Belehrung
- Abnahme der Erklärungen nach § 43 Abs. 1, Nr. 2
- Ausstellung der Bescheinigungen
- Beratung zu individuellen Fragestellungen
- Rechnungsangelegenheiten

**Leistungen quantitativ**

	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl ausgestellter Bescheinigungen	4.011	3.628	3.939	3.317	3.170
Anzahl Zweitschriften	322	294	256	257	190
Anzahl der Belehrungen	153 (*)	178	157	169	189

**Indikatoren:**

Ein geeigneter Indikator liegt nicht vor.

- (\*) Wegen der Impfkation (neue Influenza) war der Konferenzraum Eckhaus für gut 3 Monate gesperrt. Die Belehrungen wurden in diesem Zeitraum von der Anzahl her reduziert (2x / Woche). Sie wurden im großen Konferenzraum (Rosenpavillon) angeboten und die jeweilige Teilnehmerzahl wurde auf > 50 / Veranstaltung heraufgesetzt.



**Produkt: 3.2.1**

Hygienische Überwachung medizinischer und anderer hygienisch relevanter Einrichtungen

**Produktgruppe: 3.2**

Objektbezogener Infektionsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 30 -/ - 3 -**

**Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Regelmäßige oder stichprobenartige Begehungen von Krankenhäusern, Einrichtungen für ambulantes Operieren, Rettungsstationen, Justizvollzugsanstalten, Gemeinschaftseinrichtungen für behinderte und/oder alte Menschen, Tattoo-Studios etc., Beratung der Einrichtungen

**Auftragsgrundlage:**

Infektionsschutzgesetz  
ÖGDG, insbesondere § 25  
Infektionshygiene - Verordnung  
Krankenhaushygiene Verordnung

**Zielgruppe:**

Alle BürgerInnen / BewohnerInnen  
Betreiber der Einrichtungen  
Nutzer der Einrichtungen

**Ziele:**

Senkung der Zahl nosokomialer Infektionen  
Schutz vor Übertragung von Infektionskrankheiten  
Sicherstellung / Beibehaltung hygienischer Qualitätsstandards

**Produkt: 3.2.1**

Hygienische Überwachung medizinischer und anderer hygienisch relevanter Einrichtungen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Begehungen von Alten- und Pflegeheimen gemeinsam mit der Heimaufsicht  
 Begehungen der Krankenhäuser  
 Begehungen ausgewählter Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. JVA)  
 Fallweise Begehungen medizinischer Einrichtungen bzw. von Einrichtungen mit hygienischer Relevanz (z.B. Tattoo-Studios)  
 Prüfung der baulichen, ausstattungsmaßbigen und organisatorischen Bedingungen für Erlaubniserteilungen nach § 19 BSeuchG, bzw. §§ 44 ff IfSG (vorbehaltlich ZuständigkeitsVO)  
 Teilnahme am Arbeitskreis „Krankenhaushygiene“  
 Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Träger/Betreiber, Beschäftigte und NutzerInnen der Einrichtungen  
 Beratung von Einrichtungen zu Fragen der Infektionshygiene

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Gesamtzahl der Begehungen	72 (*)	122	139	141	252(#)
davon <u>medizinische</u> Einrichtungen	17	20	39	52	44
a) Krankenhäuser	2	7	4	4	13
b) Rettungswachen	4	9	3	2	6
c) Labore	1	3	4	2	2
d) Geburtshäuser	0	0	0	0	1
e) Arztpraxen / Praxen für ambulante OP	10 (**)	1	28 (***)	44 (***)	19 (***)
davon <u>Gemeinschaftseinrichtungen</u>	50	82	80	55	46
a) Alten-, Pflege-, Behinderteneinrichtung	46	79	77	43	41
b) JVA	4	3	3	2	4
c) Wohneinrichtungen mit familiärem Charakter	0	0	0	10	1
davon <u>sonstige</u> Einrichtungen mit hyg. Relevanz	5	20	20	34	162(#)
Fortbildungen / Schulungen	41	20	44	54	29
Interview in Radio oder Fernsehen	15	6	8	7	10
Printmedien (Weser Kurier, Bildzeitung etc.)	12	3	4	8	6

(\*) Deutlich reduzierte Zahl wegen der Arbeitsbelastung durch die neue Influenza ("Schweinegrippe").

(\*\*) Darunter 6 Ambulante OP-Zentren, gemeinsame Begehung mit dem Ref. 34.

(\*\*\*) Begehung aller gynäkologischen Praxen in der Stadtgemeinde Bremen (Projekt).

#) Anstieg aufgrund der Begehungen von Einrichtungen für Podologie und Fußpflege.

**Indikatoren:**

	2009	2008	2007
Quote der Begehungen <u>ohne</u> Beanstandung davon	19,4 % (14 von 72)	33,6 % (41 von 122)	28,1 % (39 von 139)
a) medizinische Einrichtungen	29,4 %	55,0 %	23,1 %
b) Gemeinschaftseinrichtungen	16,0 %	14,6 %	12,5 %
c) sonstige Einrichtungen	20,0 %	90,0 %	100 %
Anzahl der TeilnehmerInnen an Informations- und Fortbildungsveranstaltungen	ca. 2.350 an 40 Veranstaltungen	ca. 950 an 22 Veranstaltungen	ca. 2.750 an 44 Veranstaltungen

**Produkt: 3.2.2**

Orts- und Wohnungshygiene

**Produktgruppe: 3.2**

Objektbezogener Infektionsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 30 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**Anlassbezogene Begehungen von Plätzen, Gebäuden, Wohnungen; Erstellen von Stellungnahmen  
Offene Bürgerberatung zur Schädlingsbekämpfung**Auftragsgrundlage:**

Infektionsschutzgesetz

**Zielgruppe:**Alle Bürgerinnen und Bürger  
Betroffene Personen in der Einzelfallhilfe  
Andere Behörden**Ziele:**Verbesserung / Aufrechterhaltung städtehygienischer Standards  
Vermeidung seuchenhygienischer Missstände  
Schutz vor Infektionskrankheiten  
Reduzierung des Insektizideinsatzes insbesondere im Innenraum

**Produkt: 3.2.2**

Orts- und Wohnungshygiene

**Leistungsumfang qualitativ:**

Bearbeitung von Hinweisen/Beschwerden auf/über hygienische Missstände

- Telefonische Beratungsgespräche
- Ortstermine
- Schriftliche Stellungnahmen an Beschwerdeführer/Haus- und Grundstückseigentümer/andere Behörden
- ggfs. Einleitung von Anordnungen und Vollzugsmaßnahmen
- Vermittlung sozialer Hilfen

Bürgerberatung zu Schädlings- und Ektoparasitenbefall

<b>Leistungsumfang quantitativ:</b>	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl der bearbeiteten schriftlichen Beschwerden	42	46	66	47	101
davon mit Handlungsbedarf (Fallzahl)	12(*)	18	29	20	20
Anzahl der telefonischen Beratungen zu hygienischen Missständen / Schädlingsbefall	2.728	2.264	2.140	2.132	2.086
davon zu Schädlings- und Ektoparasitenbefall	1.769	2.033	1.681	1.777	1.661

**Indikatoren:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Beseitigungsquote	100%(**)	100 %	100 %	100 %	100 %
davon innerhalb von 3 Wochen abgeschlossen	76,2 %	61,1 %	80,3 %	75 %	65,0 %

(\*) Darunter ein Fall mit massivem hygienischem Missstand. ("seuchenhygienischer Missstand")

(\*\*) Abschluss des letzten Falls nach 13 Wochen Bearbeitung.

**Produkt: 3.2.3**

Stellungnahmen in Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren

**Produktgruppe: 3.2**

Objektbezogener Infektionsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 30 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Stellungnahmen in Planungs- und Genehmigungsverfahren mit hygienischer Relevanz

**Auftragsgrundlage:**Beteiligungsverfahren für Träger öffentlicher Belange  
ÖGDG, insbesondere § 25 (3)**Zielgruppe:**Andere Behörden  
Planungsträger  
Nutzer der geplanten Einrichtungen**Ziele:**Einhaltung hygienischer Standards  
Infektionsprophylaxe

**Produkt: 3.2.3**

Stellungnahmen in Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Planbefassungen
- Teilnahme an Abstimmungsgesprächen mit Bauherren, Architekten und Behörden
- Einholen interner Stellungnahmen, insb. zu RLT-Anlagen
- Stellungnahmen gegenüber der Baugenehmigungsbehörde
- Schlussabnahmen

Aufstellung / Aktualisierung von Forderungskatalogen für spezifische Bauvorhaben  
Beratungen / Erarbeitung von Empfehlungen im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006
Anzahl der Verfahren (*) (begonnen, fortgeführt oder beendet)	55	40	42	48
Anzahl der Verfahrensschritte	147	102	124	116
davon				
a) Planbefassung	56	34	41	41
b) Planungsgespräche	33	28	38	24
c) Stellungnahmen	54	31	35	42
d) Schlussabnahmen	4	9	10	10

**Indikatoren:**

	2009	2008	2007	2006
Anzahl zugestimmter Schlussabnahmen	4	9	7	9

(\*) Zahl und Umfang der Verfahren ist von uns nicht beeinflussbar.

**Produkt: 3.3.1**

Trinkwasserüberwachung

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 31 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Prüfung von öffentlichen und privaten Trink- und Brauchwasseranlagen

Überwachung der Trinkwasserqualität aus öffentlichen und privaten Trink- und Brauchwasseranlagen

**Auftragsgrundlage:**

Infektionsschutzgesetz

Trinkwasserverordnung

**Zielgruppe:**

BetreiberInnen der Anlagen

Alle BürgerInnen

**Ziele:**

Sicherung der festgeschriebenen Standards

Gesundheitlich unbedenkliche Trinkwasserversorgung durch die öffentliche Wasserversorgung

Gesundheitlich unbedenkliche Trinkwasserversorgung der Eigenbetreiber und von ihnen versorgte Dritte

**Produkt: 3.3.1**

Trinkwasserüberwachung

**Leistungsumfang qualitativ:**

Prüfungen von:

- Öffentlicher Wasserversorgung
- Betrieblichen Eigenwasserversorgern
- Privaten Eigenwasserversorgern

Veranlassung von Trinkwasseranalysen (in Einzelfällen eigene Probenahme)

Bewertung der Analysenergebnisse

Überprüfung, ggf. Wasseranalyse von privaten Hausinstallationen bei konkretem Verdacht auf Grenzwertüberschreitungen

Überprüfung von Hausinstallationen, aus denen Wasser für die Öffentlichkeit abgegeben wird

Anlassbezogene Überprüfung, ggf. Probenahmen und Beauftragung der Analytik von:

- Brauchwasseranlagen, aus denen Wasser für die Öffentlichkeit abgegeben wird
- Privaten Brauchwasseranlagen

Ortstermine

Erarbeitung schriftlicher Stellungnahmen

Veranlassung von Maßnahmen bei Grenzwertüberschreitungen

Erlassen von Anordnungen

Berichterstattung gem. EU-Richtlinie

Teilnahme an Arbeitsgruppen

Öffentlichkeitsarbeit

Informationen für Betreiber von Wasserversorgungsanlagen



**Leistungen quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl Prüfungen nach §§ 15-20 TVO, davon	13	15	14	15	16
a) öffentliche Wasserversorgung	1	1	1	1	1
b) betriebliche Eigenversorgung	4	5	5	5	5
c) private Eigenversorgung	8	9	8	9	10
Anzahl Überprüfungen von Hausinstallatio- nen, aus denen Wasser f. d. Öffentlichkeit abgegeben wird, gesamt:	80	73	79	87	90
davon - mobile Anlagen	18	16	12	20	13
- feste Leitungsnetze	62	57	67	67	77
Anzahl der Überprüfungen privater Hausin- stallationen, gesamt	18	51	28	16	20
Im Einzelnen (Mehrfachnennungen):					
a) Blei(*)	16	50	27	15	12
b) Kupfer	-	-	-	-	2
c) Sonstiges	2	1	1	1	10
Anzahl gemeldeter Brauchwasseranlagen	3	6	-	7	14

**Indikatoren**

	2009	2008	2007	2006	2005
Quote der beanstandungsfreien Prüfungen/ Kontrollen(**)	72 %	73%	79%	66%	68%
a) öffentliche Wasserversorgung	1/1	1/1	1/1	1/1	1/1
b) betriebliche Eigenversorgung	4/4	5/5	3/5	3/5	2/5
c) private Eigenversorgung	5/8	5/9	7/8	6/9	5/9
d) Hausinstallationen aus denen Was- ser f. d. Öffentlichkeit abgegeben wird, gesamt	60/80	60/73	69/79	56/87	63/90
davon - mobile Anlagen	3/18	3/16	3/12	5/20	4/13
- feste Leitungsnetze	57/62	57/57	66/67	51/67	59/77
e) Überprüfungen privater Hausinstalla- tionen, gesamt	10/18	30/51	16/28	12/16	17/24
- Blei	8/16	29/50	15/27	11/15	7/12
- Kupfer	2/2	-	-	-	2/2
- Sonstiges		1/1	1/1	1/1	8/10

(\*) Erhöhte Probenanzahl möglich durch Einbeziehung aller Wohnungen in einem Haus, wenn Beanstandungen in einer Wohnung des Hauses festgestellt wurden.

(\*\*) Parameterumfang kann variieren

**Produkt: 3.3.2**

Überwachung von Badewasser und Badegewässern

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: -31****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Überwachung gewerblicher Hallen- und Freibäder, sowie zum Baden zugelassener Gewässer

**Auftragsgrundlage:**

Infektionsschutzgesetz

DIN 19 643

EU-Richtlinie zur Qualität von Badegewässern

**Zielgruppe:**

Betreiber der Einrichtungen

NutzerInnen der Bäder/Badeseen

Andere Behörden

**Ziele:**

Sicherung der festgeschriebenen Standards

Gesundheitlich unbedenkliche Nutzung der Bäder und Badeseen

**Produkt: 3.3.2**

Überwachung von Badewasser und Badegewässern

**Leistungsumfang qualitativ:**

Überwachung der Bäder in Anlehnung an die DIN 19643

- Ortsbegehungen
- Beurteilung der Aufbereitungstechnik
- Vor-Ort-Messungen der Wasserqualität
- Beratungsgespräche
- Kontrolle und Bewertung der monatlich eingehenden Analysenergebnisse
- Schriftliche Stellungnahmen

Erstellen von Jahresauswertungen und Gesamtbewertungen der Bäder

Veranlassung von Maßnahmen bei Grenzwertüberschreitungen

- Entnahme von Nachproben
- Begehungen/Beratungen
- Untersagung des Badebetriebs

Überwachung zum Baden zugelassener Gewässer gemäß EU-Richtlinie

- Ortsbegehung
- Beschreibung des Umfeldes und der gesamthygienischen Situation
- Öffentlichkeitsarbeit

Bewertung der Wasserqualität und ggf. Veranlassung eines Badeverbots  
Teilnahme an behördenübergreifenden Abstimmungsgesprächen**Leistungen quantitativ:**

Badewasserüberwachung	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl umfassender Begehungen, davon	41 (*)	65	67	65	65
a) Routinebegehungen	31	46	56	50	55
b) anlassbezogene Begehungen	10	19	11	15	10
Anzahl zu bewertender Befunde	853	916	873	870	905
<b>Badegewässerüberwachung</b>					
a) Routinebegehungen	11	11	11	11	11
b) anlassbezogene Begehungen	4	1	3	2	5
Anzahl zu bewertender Befunde	110 (**)	110(*)	179	175	194

(\*) Rückgang wegen angespannter Personalsituation.

(\*\*) gem. neuer EU-Richtlinien werden nur noch 5 mikrobiologische Untersuchungen während der Badesaison durchgeführt.

<b>Indikatoren</b>					
Richt- und Grenzwerteinhalten	2009	2008	2007	2006	2005
<u>Badewasserüberwachung</u>					
a) mikrobiologische Parameter					
Freibäder:	99,3%	99,5%	99,8%	98,9%	98,5%
Hallenbäder:	99,2%	99,3%	99%	99,1%	99,2%
b) chemische Parameter					
Freibäder:	82,3%	80,3%	89%	84%	81,2%
Hallenbäder:	81,5%	82,8%	84,2%	82,5%	80,5%
<u>Badegewässerüberwachung</u>					
Erfüllung EU-Anforderungen an Badegewässer	83%	*80%	99%	100%	98,2%
Keine Mängel hinsichtlich des Umfeldes an Badegewässern	4/11	1/11	5/11	8/11	4/11

(\*) Bewertung gem. neuer EU-Richtlinien/Übergangszeit 2008-2010. Die mikrobiologischen Untersuchungen sind um ca. 65% reduziert worden. Der erhöhte Anteil an Beanstandungen kann daher nicht mit einer Qualitätsverschlechterung gleichgesetzt werden.

**Produkt: 3.3.3**

Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 31 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Vertretung gesundheitlicher Belange im Planungsprozess von Vorhaben, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere § 20 (3)

**Zielgruppe:**

Alle BürgerInnen  
AnwohnerInnen der geplanten Vorhaben  
Genehmigungsbehörden

**Ziele:**

Sicherstellung der Gesundheitsverträglichkeit geplanter Vorhaben, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird.

**Produkt: 3.3.3**

Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Sichtung und Prüfung von Planunterlagen und Gutachten
- Abstimmungsgespräche
- Ortstermine
- Scoping-Termine
- Vorstellung der UVS-Ergebnisse
- Erörterungstermine
- Erarbeitung schriftlicher Stellungnahmen

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Zahl der bearbeiteten Verfahren(*) davon Mehrfachnennungen möglich	12	12	12	11	8
a) neu begonnen	5	3	4	5	2
b) weitergeführt	7	9	8	4	6
c) abgeschlossen	2	4	3	2	3
Zahl der Verfahrensschritte davon	24	23	21	13	11
a) Scopingtermine	4	1	2	3	1
b) Erörterungstermine	3	1	1	-	-
c) Abstimmungsgespräche	3	7	5	2	6
d) schriftliche Stellungnahmen	13	13	12	8	4
e) Ortstermine	1	1	1	-	-

(\*) Die Anzahl der von uns zu bearbeitenden Verfahren (8-12/Jahr) ist nicht beeinflussbar. Unklar ist, ob wir immer beteiligt werden. Teilweise bleibt eine Einbindung auch nach Ende des Verfahrens bestehen, die aber nicht dokumentiert wird.

**Indikatoren:****Quote der Berücksichtigung gesundheitlicher Belange in Verfahrensschritten und Genehmigungsbescheiden:**

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>Forderungen aufgestellt</b> davon (***)	54 (**)	70(**)	73(**)	51(**)	37(**)
Forderungen berücksichtigt	20 (37 %)	28 (40%)	8 (11%)	11 (22%)	13 (35%)
Forderungen nicht bzw. nicht zufriedenstellend berücksichtigt	10 (19 %)	15 (21%)	5 (7%)	1 (2%)	3 (8%)
Berücksichtigungen derzeit nicht zu beurteilen	24 (44 %)	27 (39%)	60 (82%)	39 (76%)	21 (57%)

(\*\*) Die Forderungen aus den Vorjahren, deren Berücksichtigung bisher nicht beurteilt werden konnte, werden kumulativ erfasst.

(\*\*\*) Die Planungsvorhaben, zu denen wir Stellung nehmen, werden häufig nicht im laufenden Berichtsjahr abgeschlossen; bei 44 % der Forderungen in 2009 konnte eine Berücksichtigung noch nicht geklärt werden.

**Produkt: 3.3.4**

Bauleitplanung

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 31 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Stellungnahmen zur Sicherstellung der Gesundheitsverträglichkeit in der Stadtplanung

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere § 20

Beteiligungsverfahren für Träger öffentlicher Belange

**Zielgruppe:**

Planungsamt und andere Behörden

BewohnerInnen betroffener und angrenzender Planungsgebiete

alle Bürgerinnen und Bürger

**Ziele:**

Verminderung gesundheitlicher Belastungen im städtischen Wohnraum

Gesundheitsverträgliche Stadtplanung

**Produkt: 3.3.4**  
Bauleitplanung

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Sichtung und Prüfung von Planungsunterlagen
- Scopingtermine
- Ortsbegehungen
- Umfeldrecherchen
- Einholung interner Stellungnahmen (Altlasten, Luftschadstoffe, Lärm, EMF)
- Erarbeitung schriftlicher Stellungnahmen für den Vorhabenträger
  
- Überleitung an das Ressort bei Dissens zur Abstimmung auf Senatsebene

**Leistungen quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl der Stellungnahmen (*) davon	33	76	50	53	83
a) zu Flächennutzungsplänen	2	8	14	9	11
b) zu Vorhaben- und Erschließungsplänen	11	12	2	11	8
c) zu Bebauungsplänen	20	56	34	33	64

**Indikatoren:**

Berücksichtigungen gesundheitlicher Belange in Verfahrensschritten und in der Ausführung:

	FN-Pläne			B-Pläne			V. u. E. Pläne		
	2009	2008	2007	2009	2008	2007	2009	2008	2007
Noch im Verfahren befindlich	5	8	12	24	40	38	6	8	5
Beschlossen u. in Kraft	5	3	7	13	13	13	2	5	2
<b>davon</b>									
keine Bedenken	3	2	5	11	7	11	2	4	2
Bedenken/Forderungen	2	1	1	2	6	2	0	1	-
<b>davon</b>									
Berücksichtigung von Be- denken/Forderungen	1	-	-	1	5	1	-	1	-
Forderungen nicht zufrie- denstellend erfüllt	1	1	1	1	1	1	-	-	-
Quote der Berücksichtigung	50%	0%	0%	50%	83%	50%	-%	100%	-%

(\*) Die Anzahl ist von uns nicht beeinflussbar; die Stellungnahmen können unterschiedlich aufwändig sein. Aufgrund der Anforderungen der Innenentwicklung werden zunehmend gesundheitlich problematische Bebauungspläne vorgelegt, deren Bearbeitung erheblich aufwändiger ist.



**Produkt: 3.3.5**

Stellungnahmen und Gutachten in Genehmigungsverfahren und Planungsvorhaben

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 31 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Stellungnahmen zur gesundheitsverträglichen Planung von genehmigungsbedürftigen Neu- und Umbauten, Anlagen und Betriebsplanungen

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere § 20  
Beteiligung in Verfahren u.a. nach Landesbauordnung, BundesimmissionschutzVO  
Infektionsschutzgesetz  
Trinkwasserverordnung  
(DIN 19643)

**Zielgruppe:**

Planungsträger und Betreiber als Antragsteller  
andere Behörden  
Nutzer der Einrichtungen  
Anwohner im Umfeld der Anlagen / Einrichtungen

**Ziele:**

Sicherstellung gesundheitsverträglichen Bauens  
Vermeidung gesundheitlicher Belastungen für AnwohnerInnen der Einrichtungen / Anlagen  
Vermeidung / Verminderung der gesundheitlichen Belastung der Nutzer der Einrichtungen / Anlagen  
Sicherstellung technischer Vorbedingungen zur Einhaltung vorgegebener gesundheitlich relevanter Parameter

**Produkt: 3.3.5**

Stellungnahmen und Gutachten in Genehmigungsverfahren und Planungsvorhaben

**Leistungsumfang qualitativ:**

Gutachten und Stellungnahmen zu baulichen, baulich-technischen Planungen für Genehmigungsbehörden

- Sichtung und Prüfung eingereicherter Unterlagen
- Abstimmungsgespräche mit Planern, Bauherren und Behörden
- Einholen interner Stellungnahmen
- Ortsbegehungen
- Stellungnahme gegenüber dem Bauantragsteller / der Genehmigungsbehörde
- Schlussabnahmen
  
- Erarbeitung und fortlaufende Anpassung von Forderungskatalogen
- Beratung / Erarbeitung von Empfehlungen im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens

<b>Leistungsumfang quantitativ:</b>	2009	2008	2007	2006	2005
Gesamtzahl Verfahren (*)	76	49	41	42	31
davon					
EMF	0	0	0	1	1
Schulen/KTH	57 (s.u.)	42(s.u.)	36(s.u.)	31(s.u.)	21
Trinkwasser	-	-	-	-	-
Badewasser	3 (s.u.)	3 (s.u.)	2 (s.u.)	5(s.u.)	6
Straßen	1	1	-	-	1
Sonstiges	15	4	3	5	2
Verfahrensschritte (EMF, Straßen, Sonst.)					
a) Planbefassungen	21	6	4	7	34
b) Planungsgespräche	0	3	2	1	10
c) Stellungnahmen	17	5	2	4	33
d) Schlussabnahmen	-	-	-	-	-
Schulen/Tageseinrichtungen f. Kinder	57	42	36	31	
Verfahrensschritte					
a) Planbefassungen	58	42	44	27	
b) Planungsgespräche	9	16	14	16	
c) Stellungnahmen	54	40	39	26	
d) Abstimmungsgespräche***	40				
e) Schlussabnahmen	16	14	12	4	
Badewasser	3	3	2	5	
Verfahrensschritte					
a) Planbefassungen	3	3	2	4	
b) Planungsgespräche	3	1	2	5	
c) Stellungnahmen	4	4	2	7	
Schlussabnahmen	0	3	2	4	
)					

(\*) Die Anzahl ist von uns nicht beeinflussbar.

(\*\*) Zusätzlich gab es in 2009 einen erhöhten Bearbeitungsaufwand im Zusammenhang mit der EW Bau (Entwurfsvorlagen Bau), der hier noch nicht separat aufgeführt worden ist.

(\*\*\*) Aufgrund personeller Engpässe mussten verstärkt telefonische Abstimmungsgespräche geführt werden. Da jedoch auch zukünftig mit einem erhöhten Abstimmungsbedarf gerechnet werden muss, wird dieser auch zukünftig dokumentiert werden.

**Indikatoren:**

Ein Indikator wurde nicht entwickelt.

**Produkt: 3.3.6**

Altlasten

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 31 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Gesundheitliche Bewertung von Gefährdungsabschätzungen und Sanierungsvorhaben zu kontaminierten Standorten und Altablagerungen, Stellungnahmen zu Gutachten; Erarbeitung von Nutzungsempfehlungen

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere § 20  
Beteiligung als Träger öffentlicher Belange

**Zielgruppe:**

Andere Behörden  
Ortsämter / Beiräte  
BewohnerInnen und AnwohnerInnen betroffener Areale

**Ziele:**

Vermeidung/ Verminderung mittelbarer und unmittelbarer gesundheitlicher Belastungen durch Altlasten  
Sicherstellung des vorsorgenden Gesundheitsschutzes  
Ermöglichung der Weiter- / Umnutzung der Areale  
Akzeptanzerhöhung behördlicher Entscheidungen durch Risikokommunikation

**Produkt: 3.3.6**

Altlasten

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Stellungnahmen zu Gutachten
- Bewertungen zu Gefährdungsabschätzungen
- Erarbeitung von Nutzungsempfehlungen
- Prüfungen im Rahmen von BPlänen
- Informationsgespräche mit Beiräten, Anwohnern und Runden Tischen
- Individuelle Beratungsgespräche zur Risikoeinschätzung für betroffene Anwohner

**Leistungen quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl begleiteter Verfahren (*)	14	17	16	21	16
Davon - Boden	7	12	10	14	9
- Grundwasser	7	5	6	7	7
Anzahl:					
- Gutachtenprüfungen	10	12	6	7	10
- Anwohnerinformationen	8	6	8	7	7
davon - schriftlich	7	6	6	7	7
- mündlich	1	-	2	-	-
- Ortstermine	5	4	6	9	2
- Stellungnahmen	1	3	2	6	4
- Abstimmungen	12	21	18	23	19

(\*) Die Zahl der Verfahren ist von und nicht beeinflussbar.

**Indikatoren:**

Nach der geänderten Gesetzeslage (BBodSchG 1999) und der verstärkten Bearbeitung von Altlasten im Rahmen der Bauleitplanung wurde kein neuer Indikator entwickelt.

**Produkt: 3.3.7**

Umwelthygiene in öffentlichen Einrichtungen

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 31 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Bearbeitung gesundheitsbezogener Fragen zu physikalischen, chemischen und biologischen Noxen.  
Ableitung von Handlungs- und Sanierungsbedarfen für öffentliche Einrichtungen.

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere §§ 20, 25

**Zielgruppe:**

Behörden, Eigenbetriebe und Gesellschaften der Stadtgemeinde Bremen  
Träger / Betreiber von Einrichtungen  
Nutzer der Einrichtungen  
Ortsämter und Beiräte

**Ziele:**

Verminderung / Vermeidung gesundheitlicher Belastungen durch physikalische, chemische und biologische Noxen  
Gesundheitsförderung

**Produkt: 3.3.7**

Umwelthygiene in öffentlichen Einrichtungen

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Risikomanagements für umwelthygienische Fragestellungen;
- Erarbeitung von Standards für die Untersuchung und Bewertung von Umwelttoxinen;
- Klärung und Bewertung physikalischer, chemischer und/oder biologischer Belastungen im Einzelfall, u.a. gemäß der Arbeitsvereinbarung mit GBI;
- Durchführung von Ortsterminen, Befragung von NutzerInnen, und Analysen;
- Vergabe und Bewertung von Gutachten;
- Erarbeitung von Handlungs- und Sanierungsempfehlungen;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Mitarbeit in Gremien;
- Beratung von Trägern und NutzerInnen (teil-)öffentlicher Einrichtungen.
- Erarbeitung schriftlicher Informationsmaterialien.

**Leistungsumfang quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>Klärung und Bewertung physikalischer, chemischer und/oder biologischer Noxen im Einzelfall</b>					
Anzahl bearbeiteter Vorgänge (*)	31	52	44	41	27
davon					
a) Neuanfragen	19	46	38	38	-
b) weitergeführte Vorgänge	12	6	6	3	-
c) abgeschlossene Vorgänge	26	40	36	34	-
Anzahl der Stellungnahmen	27	42	33	34	30
Anzahl der Ortstermine	39	59	31	34	29
Vergabe und Bewertung von Gutachten (**)	4	8	4	7	8
Durchführung von Analysen und Befragungen (*)	5	6	5	3	

(\*) Die Anzahl ist von uns nicht beeinflussbar.

(\*\*) Im Rahmen der Arbeitsvereinbarung mit GBI seit 01.01.2005

**Produkt: 3.3.7**

Umwelthygiene in öffentlichen Einrichtungen

**Indikatoren<sup>(1)</sup>**

	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl evaluierter Vorgänge	29	29	18	17	16
Rücklauf	18	19	13	15	
Empfehlungen umgesetzt <sup>(2)</sup> :					
a) Ja	16	15	12	13	9
b) Nein	1	4	1	1	1
c) Unbekannt	1	0	0	1	6
Empfehlungen erfolgreich umgesetzt <sup>(3)</sup> :					
a) Ja	15	14	8	13	7
b) Nein	1	5	2	1	2
c) Unbekannt	2	0	2	1	7
→ Quote erfolgreich umgesetzter Empfehlungen <sup>(4)</sup> :	83% <sup>(6)</sup>	74% <sup>(6)</sup>	62% <sup>(6)</sup>	87% <sup>(5)</sup>	78%

<sup>(1)</sup> Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf die gutachterlichen Stellungnahmen im Rahmen der Klärung und Bewertung physikalischer, chemischer und/oder biologischer Noxen im Einzelfall

<sup>(2)</sup> Umgesetzt in dem Sinne vollständig oder teilweise umgesetzt.

<sup>(3)</sup> Erfolgreich in dem Sinne, dass durch die Umsetzung der Empfehlung das Problem vollständig oder teilweise behoben werden konnte.

<sup>(4)</sup> Ab 2006 werden alle Angaben ausschließlich auf den Rücklauf bezogen.

<sup>(5)</sup> Wert nachträglich korrigiert

<sup>(6)</sup> Geringerer Wert, da einige Maßnahmen erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden oder sich der Erfolg der Maßnahmen in konkreten Fällen erst nach einem längeren Zeitraum bemerkbar machen wird und derzeit noch nicht beurteilbar ist.

**Leistungen quantitativ im Rahmen des PCB-Messprogramms 2007:**

Einzelvorgänge	2009 (**)	2008(*)	2007	2006
Einrichtungen ges.	5	3	10	21
Gutachten (inkl. Sanierungen)	5	4	11	9
Stellungnahmen GA	5	4	13	16
Infoveranstaltungen	-	-	-	5
Ortstermine	-	1	4	--

(\*) Geringere Werte in 2008, da das PCB-Messprogramm weitgehend abgeschlossen ist.

(\*\*) Sanierungserfolgskontrollen

**Produkt: 3.3.8**

Bürgerberatung zu umwelthygienischen Fragestellungen

**Produktgruppe: 3.3**

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: - 31 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Bearbeitung gesundheitsbezogener Fragen zu physikalischen, chemischen und biologischen Noxen in allen Umweltmedien  
Klärung umweltmedizinischer Fragestellungen

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere § 20

**Zielgruppe:**

Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadtgemeinde Bremen

**Ziele:**

Verminderung / Vermeidung gesundheitlicher Belastungen  
Gesundheitsförderung  
Aufklärung und Information  
Stärkung der Eigenverantwortung



**Produkt: 3.3.8**

Bürgerberatung zu umwelthygienischen Fragestellungen

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Beratung zu umwelthygienischen und ernährungsökologischen Fragestellungen
- Ortsbegehungen
- eigene Messungen
- Probenahmen für extern zu beauftragende Analytik
- Beurteilung von Analysenergebnissen
- schriftliche und/oder mündliche Stellungnahmen
- Stellungnahmen und Beiratstätigkeit im Rahmen von geförderten Projekten Dritter
- Fachliche Aufbereitung relevanter Themen; Qualitätssicherung
- Erarbeitung von Handlungs- und Sanierungsempfehlungen
  
- Risikokommunikation
- Öffentlichkeitsarbeit / Vorträge
- Erarbeitung und Bereitstellung von Informationsmaterialien
  
- Kooperationen mit anderen Behörden, Beratungseinrichtungen und –netzwerken (Gründungsmitglied des „Bremer Netzwerks Schimmelberatung“) / Multiplikatoren / niedergelassenen ÄrztInnen, u.a.

**Leistungen quantitativ:**

	2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl der Erstanfragen	1088	1458	1624	1421	1678
davon (*) (**)					
a) Luft	42%	48%	52%	48%	50%
b) Ernährung	34%	28%	25%	28%	24%
c) Wasser	9%	11%	10%	8%	9%
d) Boden	-	0,2%	0,3%	0,1%	0,3%
e) Sonstiges	15%	13%	13%	16%	16%
Anzahl Ortstermine	87	112	118	112	146

(\*) Durch Rundung Abweichung von 100% in der Summe

(\*\*) Verglichen mit den Vorjahren ist ein Rückgang der Erstanfragen und Ortstermine zu verzeichnen. Ein großer Anteil der Anfragen ist durchgängig dem Problemfeld Feuchtigkeit und Schimmel zuzuordnen. Das spiegelt sich auch in der Logfile-Auswertung für die Homepage des Gesundheitsamtes wider.

In 2009 wurde das Informationsblatt „Schimmel richtig entfernen“ am häufigsten mit 26.392 Zugriffen aufgerufen. Damit hat sich die Zahl der Zugriffe im Vergleich zu 2008 mehr als verdreifacht. An dritter Stelle steht das Informationsblatt „Schimmelbildung in Wohnräumen“ mit 3.706 Zugriffen.

Es wird davon ausgegangen, dass mittlerweile ein Teil potenzieller Erstanfragen über diese Form der Informationsbeschaffung bedient wird.

**Indikatoren(\*\*\*):****Akzeptanz der Empfehlungen in ausgewählten Themenfeldern:**

Die Rücklaufquote für das ausgewählte Themenfeld "Feuchtigkeit/Schimmel" beträgt 34%. Die Auswertung dieses Themenfeldes ergab, dass **94%** der Befragten die ausgesprochene Maßnahmenempfehlung als verständlich und nachvollziehbar beurteilten.

**Erfolgreiche Ursachenermittlung bzw. Ausschluss vermuteter Ursachen:**

Hier wird – ebenfalls wieder für das ausgewählte Themenfeld „Feuchtigkeit/Schimmel“ – betrachtet, ob nach Umsetzung der Maßnahmenempfehlung das Problem gelöst werden konnte. Insgesamt ergab die Auswertung, dass in **22%** der Fälle die Empfehlungen als erfolgreich betrachtet wurden. Für **19%** liegen keine Informationen vor. **28%** bzw. **31%** gaben an, keinen bzw. teilweise einen Erfolg bei der Behebung des Problems gehabt zu haben.

Die Umsetzung von Maßnahmen liegt je nach Problemlage („Kondensfeuchte“ vs. „Baumangel“) nicht ausschließlich in der Verantwortung der Betroffenen (Mieter), sondern wird auch durch Dritte (Vermieter) beeinflusst.(\*\*\*)

(\*\*\*) In 2004 wurde die Berechnungsbasis verändert. Grundlage sind nicht mehr die versendeten, sondern die zurückgesandten Fragebögen. Die differenzierte Auswertung ergab allerdings, dass für beide Bereiche identische Anteile im Hinblick auf eine Problemlösung erreicht wurden (25%).

**Produkt: 3.4.1**  
Gesundheitsberichte

**Produktgruppe: 3.4**  
Kommunale Gesundheitsberichterstattung

**Produktbereich: 3**  
Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: 33**

### Produktdefinition

**Kurzbeschreibung:**  
Analysen zur gesundheitlichen Situation und Versorgungslage der Bevölkerung aus kommunaler Perspektive

**Auftragsgrundlage:**  
Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen vom 27.3.1995, §§ 2, 9(3) und 10

**Zielgruppe(n):**

- Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung
- Politische Gremien
- Fachöffentlichkeit
- Bürgerinnen und Bürger

**Ziele:**

- Bereitstellung fachlich fundierter Informationen
- Identifikation gesundheitlicher Problemlagen
- Unterstützung der Planungen im Sozial- und Gesundheitsbereich
- Unterstützung der Gesundheitsberichterstattung des Landes
- Initiieren von bedarfsorientierten, effizienten Versorgungsstrukturen

**Produkt: 3.4.1**  
Gesundheitsberichte

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Informationsrecherchen zu berichtsrelevanten Themen
- Erhebung und Aufbereitung von Daten
- Statistische Analyse quantitativer Daten, Auswertung qualitativer Daten
- Berichterstellung mit handlungsanleitender Interpretation der Ergebnisse
- Präsentation der Berichte in politischen Gremien und auf Fachforen
- Publikation ausgewählter Ergebnisse

**Leistungsumfang quantitativ:****Berichte**

1. *Luther, S., Oellerich, R. (2009): Trinkwasser auf Bremer Märkten.*  
Praxisbericht.  
Inhalt: Darstellung und Bewertung der Trinkwasserüberwachung auf Märkten, Volksfesten und sonstigen Veranstaltungen durch das Gesundheitsamt.  
Methode: Beschreibung des Arbeitsansatzes, Auswertung von Trinkwasserproben, Auswertung der Ergebnisse verschiedener Aktionen  
Umfang: 19 Seiten
2. *Horstkotte, E., Zimmermann, E. (2009): „Spieglein, Spieglein an der Wand ...“ Körperselbstbild und Essverhalten bei Jugendlichen in Bremen.*  
Praxisbericht.  
Inhalt: Erhebung von Diäterfahrungen, Essverhalten und Körperselbstwahrnehmung unter Bremer Schüler/innen der 8. Klassenstufe  
Methode: Befragung von Schüler/innen, Messung des Körpergewichts und der Körpergröße zur Bestimmung des Body-Mass-Index  
Umfang: 33 Seiten
3. *Henkis, T. (2009): Hygienische Aspekte bei der Verwendung von transurethralen Blasenverweilkathetern in Bremer Einrichtungen der Altenpflege*  
Praxisbericht.  
Inhalt: Ermittlung der Häufigkeit von Blasenverweilkathetern, Überprüfung der Einhaltung von Hygienestandards, Ermittlung des Fortbildungsbedarfs  
Methode: Befragung von Alten- und Behinderteneinrichtungen  
Umfang: 13 Seiten.
4. *Schmidt, F. (2009): Entgiftungsbehandlung Drogenabhängiger in Bremen. Ergebnisse einer einjährigen Patientendokumentation*  
Inhalt: Analyse vorhandener Entgiftungsangebote, Beschreibung der Patientenstruktur und Behandlungskarrieren, Benennung von Problemen beim Übergang in eine Langzeittherapie, weiterführende Handlungsempfehlungen  
Methode: Auswertung der Patientendokumentation der Entgiftungsstationen des AMEOS Klinikums Dr. Heines  
Umfang: 22 Seiten
5. Mitarbeit am Landesgesundheitsbericht (Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen der Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven, Auswertung der Säuglingssterblichkeit in der Stadt Bremen nach Wohngebietstypen, Interpretation der Ergebnisse und Schreiben von Berichtsteilen)

**Fachtagungen**

- Gesundheitsförderung im Stadtteil. Fokustagung: Jugendliche.  
Kooperationsveranstaltung des Gesundheitsamtes Bremen, der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V. (LVG) und des Regionalen Knotens Bremen: Gesundheitsförderung und soziale Lage.  
6. Februar 2009 im Gesundheitsamt Bremen

**Veröffentlichungen**

- Otremba H, Becker W, Kaiser B, Luther S (2009). Kleinräumige Gesundheitsberichterstattung im Handlungsfeld "Feuchteschäden in Wohnräumen und soziale Lage" am Gesundheitsamt Bremen. In: Universität Bielefeld (Hg.): Umweltgerechtigkeit - die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen. Dokumentation der Fachtagung Berlin 2009; 189-193

**Vorträge/Poster**

Vorträge in Fachgremien und Arbeitskreisen, Lehrtätigkeit und Gastreferate in Seminaren der Universität Bremen und der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, Vorträge auf Fachtagungen und auf wissenschaftlichen Kongressen, u.a.

1. 58. Wissenschaftlicher Kongress der Bundesverbände der Ärzte und Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, 7.-9. Mai 2009 in Bielefeld (Vorträge)
2. 32. BundesDrogenKongress des Fachverbandes Drogen und Rauschmittel (FDR), 18./19. Mai 2009 in Erfurt (Vortrag)
3. Gemeinsamer Kongress der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Psychologie (DGMP) und der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie (DGMS), 23.-25. September 2009 in Hamburg (Vortrag)
4. 15. Kongress Armut und Gesundheit, 4. und 5. Dezember 2008 in Berlin (Vortrag)

**Mitarbeit in Gremien/Fachausschüssen**

- ▶ Stellvertretender Sprecher des Fachausschusses „GBE und Prävention“ (Bundesverband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes)
- ▶ Mitarbeit in der AG "Stadtmonitoring" (Projektleitung: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)
- ▶ Mitarbeit im interdisziplinären AK „Initiative Gesundheitsförderung für benachteiligte Kinder und Jugendliche an Schulen in Bremen“
- ▶ Mitarbeit und stellvertretender Vorsitz im AK Kindergesundheit der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention (DGSMP)

**Indikatoren(\*)**

- ▶ Die städtische Deputation „Arbeit und Gesundheit“ beschäftigte sich in der Sitzung vom 13. August 2009 mit den Ergebnissen und Empfehlungen des Berichtes „Spieglein, Spieglein an der Wand“
- ▶ Positive Resonanz der Fachöffentlichkeit (u.a. Zuschriften, Reaktionen im Anschluss an Vorträge) auf den in 2008 erschienenen Bericht „Tuberkulose in der Stadt Bremen. Über neue Entwicklungen eines fast vergessenen Risikos“. Das Thema soll im nächsten Jahr wieder aufgegriffen werden um zu überprüfen, ob sich die beschriebenen Tendenzen (wachsende Zahl suchtkranker TBC-Patienten, sinkende Compliance) verfestigen. Wenn möglich sollen auch andere Städte einbezogen werden. Kontakte bestehen zu den Gesundheitsämtern in Bremerhaven, Hamburg (Altona), Hannover und Frankfurt/M..
- ▶ Der 2007 veröffentlichte Bericht „Um Schimmels Willen: Feuchteschäden in Wohnräumen und Soziale Lage“ wurde anlässlich einer Preisverleihung an das Bremer Netzwerk Schimmelberatung besonders gewürdigt. Das Netzwerk gewann im Wettbewerb „Beispiele guter Praxis“ den 1. Preis, der vom Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der europäischen Region (CEHAPE) verliehen wurde.

Obwohl die Veröffentlichung schon länger zurückliegt verzeichnete der Bericht „Um Schimmels Willen:...“ immer noch 1.490 Downloads. Er ist damit das am fünfthäufigsten heruntergeladene Dokument auf der Homepage des Gesundheitsamtes.

- ▶ Auch andere ältere Publikationen wiesen noch relativ hohe Download-Zahlen auf, v.a. die 2004

erschene Arbeit über PEG-Sonden in der stationären Altenpflege. Mit 2.090 registrierten Downloads steht dieser Bericht auf der Liste der am häufigsten heruntergeladenen Dateien an vierter Stelle.

- ▶ Ebenfalls gut nachgefragt (Anzahl Downloads) wurden Berichte des neu eingeführten Formats „GBE Praxis“. Diese Berichte stellen vornehmlich für die Fachöffentlichkeit spezielle Arbeitssätze und Arbeitsergebnisse vor. Die Berichte „Überwachung der Hygiene in gynäkologischen Praxen in Bremen“ (1.125 Downloads) und „Fußpflege und Hygiene in Bremen“ ((1.037 Downloads stehen auf der Liste der am häufigsten heruntergeladenen Dateien an sechster und siebter Stelle.
- ▶ Als direkte Konsequenz der 2008 als GBE-Bericht veröffentlichten „Untersuchung über hilfebedürftige Jugendliche mit Suchtmittelproblemen in der Stadtgemeinde Bremen“ wurde in 2009 ein Umsetzungskonzept für eine „Suchtambulanz“ für Jugendliche in Bremen erarbeitet. Die Eröffnung der Ambulanz im GA (als Dependance der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle KIPSY) wird im Jahr 2010 erfolgen.
- ▶ Über Konsequenzen aus der Dokumentation drogenabhängiger Patienten der Klinik Dr. Heines (GBE-Bericht 2009) berät derzeit eine Projektgruppe unter Federführung der Abt.3 des Gesundheitsressorts, an der unter anderem auch Vertreter der Krankenkassen beteiligt sind.

(\*) **Indikatoren:** Presseberichte, Hinweise in Fachzeitschriften, Politische Reaktionen (z.B. Anfragen in der Bürgerschaft, Senatsvorlagen), öffentliche Reaktionen (z.B. Anfragen von Bürgern oder Organisationen), beschlossene Maßnahmen

**Produkt: 3.4.2**

Evaluationsstudien

**Produktgruppe: 3.4**

Kommunale Gesundheitsberichterstattung

**Produktbereich: 3**

Gesundheit und Umwelt

**Verantwortliche Stelle: 33****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Erfolgsmessung und Bewertung von Leistungen des Gesundheitsamtes

**Auftragsgrundlage:**Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen vom 27.3.1995,  
§§ 8, 10(1)**Zielgruppe(n):**

- Amtsleitung
- Abteilungsleitungen
- Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung
- Politische Gremien
- Fachöffentlichkeit

**Ziele:**

- Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Leistungen des ÖGD
- Steuerung von Ressourcen auf der Basis von Effektivitäts- und Effizienzkriterien

**Produkt: 3.4.2**

Evaluationsstudien

**Leistungsumfang qualitativ:**

- Definition des Untersuchungsgegenstandes (gemeinsam mit dem betroffenen Arbeitsbereich)
- Entwicklung eines Untersuchungsdesigns
- Informationsrecherchen, Datenerhebungen und -analysen
- Aufbereitung der Ergebnisse zu einem Bericht; ggf. Erarbeiten von Verbesserungsvorschlägen (im Rahmen einer formativen Evaluation)

**Leistungsumfang quantitativ:**

**Keine Berichte 2009**

**Keine Vorträge/Poster 2009**

**Indikatoren**

- entfällt



## Zusammenfassung zum Leistungsbericht 2009 Abteilung 4 – Sozialpädiatrische Abteilung

In der (siehe Leistungsbericht 2008) neu formierten Produktgruppe „Gesundheitspflege für werdende Eltern sowie Säuglinge und deren Familien / Kinderschutz“ konnten die operativen Aufgaben im Bereich TippTapp und das Einladungsprojekt Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen für Kinder nach Plan ausgebaut werden. Dazu hat beigetragen, dass sich die eigens erstellte Software auch in der Alltagsroutine bewährt hat, zum anderen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vereinbarte Implementationsschritte auch dann vornahmen, als die abgesprochene Stellenausstattung nicht mit der gleichen Konsequenz realisiert wurde. U. a. konnten im Berichtsjahr sowohl der „Erster Bericht zur Evaluation des häuslichen Beratungsprogrammes „TippTapp – Gesund ins Leben“ als auch der „Erster Bericht zur Evaluation des bremischen Kindeswohlgesetzes“ vorgelegt werden. Die zuständigen Deputationen haben diese Berichte zur Kenntnis genommen und den Projektcharakter der Arbeitsfelder aufgehoben. Diese werden nun ohne Einschränkung als Produkte im Bereich Sozialpädiatrie des Gesundheitsamtes geführt.

Außer durch seine datenbelegten Arbeitsfelder war der Schulärztliche Dienst im Berichtsjahr vor allem konzeptionell gefordert. Es galt, sich mit Inklusion im Schulbereich, d.h. dem Ziel „Eine Schule für Alle“, das vom neuen Bremer Schulgesetz als zentrale Entwicklungsaufgabe benannt wird, auseinanderzusetzen. Über interne Fortbildungen und Teilnahme an Fachveranstaltungen etc. haben die schulärztlichen Teams den Brückenschlag von der Defizitorientierung medizinisch–diagnostischen Tuns hin zur Identifizierung kindseitiger Ressourcen, welche didaktische Optionen eröffnen, vorgenommen und den Auftrag Inklusion im Schulbereich recht bald zu ihrem eigenen Anliegen gemacht. Im Bereich der schulärztlichen Begleitung sonderpädagogisch geförderter Schüler werden sich für den schulärztlichen Dienst hieraus größere Veränderungen ergeben, dazu nötige Prozesse wurden bereits in Gang gebracht, denn „Eine Schule für Alle“ lässt sich nicht mehr aus Pädagogik alleine heraus realisieren sondern bedarf fachübergreifender Kooperation. Mit dieser Grundhaltung und den erarbeiteten Prozessen ist der Schulärztliche Dienst Bremens im Berichtsjahr auch national zum Vorreiter für eine konstruktive Mitwirkung von Kinder- und Jugendmedizin an der inklusiven Bildung von Kindern und Jugendlichen geworden. Hierfür stehen bspw. die Hauptvorträge des leitenden Schularztes auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde in Mannheim oder auf dem Kongress der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Bielefeld.

Ohne dass dies in der Produktsystematik Berücksichtigung finden konnte, war die Eröffnung der neuen Stadtteilberatungsstelle des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes in Bremen Vegesack ein Highlight im Berichtsjahr. Nach mehrjähriger Raumsuche und Planungen kam es letztlich zu einer sehr zufriedenstellenden Umsetzung des Konzepts, mit dem die stadtteilbezogenen Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle und die in Bremen Nord tätigen Familien-Hebammen einladende Räumlichkeiten erhielten. Dagegen dauerten die Planungen und Absprachen hinsichtlich des Quartierbildungszentrums Robinsbalje weiter an, die Eröffnung sollte 2010 aber möglich werden.

Auch etliche kleinere Leuchtfeuer, die im Berichtsjahr angezündet wurden, werden in den Datenblättern nicht erwähnt. Entgegen stehen die Berichtsstruktur und der zu begrenzende Umfang des Leistungsberichts. So fehlt bspw. ein Ort, an dem über die sehr gut in Anspruch genommene Gesundheitssprechstunde einer Kindergesundheits- und Krankenschwester des Schulärztlichen Dienstes an einer Sekundarschule berichtet werden könnte. Es sollte bewusst sein, dass im Umfang vergleichbare Aktivitäten Freier Träger oftmals schon ausreichen, einen eigenen Bericht zu erstellen und diesen öffentlichkeitswirksam und von der Politik freundlich kommentiert, zu präsentieren.

Was die Daten zu den nachfolgenden Produkten dennoch vermitteln können, ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialpädiatrischen Abteilung über ihr Engagement und unter Einsatz ihrer Fachlichkeit das Anliegen Kindergesundheit in Bremen in all seiner Vielseitigkeit annehmen und erfolgreich befördern.

**Produkt: 4.1.1**

Beratung und Betreuung in Schwangerschaft und Säuglingsalter

**Produktgruppe: 4.1**

Gesundheitspflege für werdende Eltern sowie Säuglinge und deren Familien/Kinderschutz

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: 40****Produktdefinition****Kurzbeschreibung**

Beratung Schwangerer und Eltern mit Säuglingen, auch Gruppenarbeit und Institutionenberatung zu Fragen von Schwangerschaft und Säuglingszeit  
Betreuung von Risikoschwangeren und -Säuglingen im häuslichen Bereich inkl. Krisenintervention im Rahmen eines kontinuierlichen Klientenverhältnisses

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere §14

**Zielgruppe:**

Frauen vor und nach der Geburt  
Werdende Eltern und Familien mit Säuglingen  
Anbieter einschlägiger Dienstleistungen  
Schwangere und -Säuglinge mit erhöhtem sozialmedizinischen Gesundheitsrisiko

**Ziele:**

Unterstützung eigenverantwortlichen Gesundheitshandelns  
Minderung der nachteiligen gesundheitlichen Folgen schwieriger sozialer Umstände  
Qualifizierung und Koordination regionaler Beratungsangebote

**Produkt: 4.1.1**

Beratung und Betreuung in Schwangerschaft und Säuglingsalter

**Leistungsumfang qualitativ:**

Betreuung Schwangerer und Mütter von Säuglingen im häuslichen Bereich inklusive Krisenintervention im Rahmen eines kontinuierlichen Klientenverhältnisses

- Sozialmedizinische Problemanalyse
- Situationsadäquate Gesundheitsberatung
- Anleitung und Unterstützung bei Geburtsvorbereitung und Versorgung des Säuglings
- Kooperation mit spezifischen Unterstützungssystemen (bei Alkoholabusus, Drogenabhängigkeit, psychische Erkrankung etc.)
- Vermittlung sozialer Hilfen
- Heranführung an das medizinische Regelversorgungssystem

Beratung Schwangerer und Mütter von Säuglingen auf Anfrage; ggf. Vermittlung von Hilfen.

Gruppenangebote für Schwangere und Mütter mit Säuglingen in besonderen Lebenssituationen (Minderjährige, Türkinnen etc.)

Auflagenbetreuung gemäß Beschluss Familiengericht oder Weisung Jugendamt.

Fachberatung und Vernetzung kooperierender und komplementärer Dienstleistungsangebote.

Trauergruppe mit Frauen deren Männer peripartal verstorben sind.

**Leistungen quantitativ:**

	2009	2008	2007	2005	2003	1999
Anzahl neu aufgenommener Betreuungen						
- Gesamt	228	256	254	176	165	225
- vor der Geburt	119	132	149	98	77	115
- nach der Geburt	109	120	105	78	88	110

Hinsichtlich des Rückgangs von Betreuungszahlen bis 2005 ist zu berücksichtigen, dass das betreute Klientel zunehmend mehrere Hochrisikofaktoren aufweist, die zum einen längere Betreuungszeiten, zum anderen aufwändigere Kooperationen erfordern. Die Konzentration auf betreuungsintensive Fälle musste zwangsläufig durch eine Senkung der Fallzahlen kompensiert werden.

Nach dem Tod des Kindes Kevin steigerte sich die Nachfrage nach Familienhebammenleistungen enorm, der Bedarfssituation wurde durch Einrichtung einer zusätzlichen Vollzeitstelle Rechnung getragen, so dass die Zahl der Betreuten in 2007 wieder ansteigen konnte.

Beratend und vernetzend erfolgte wie in den Vorjahren u.a. eine Beteiligung an :

Arbeitskreis (AK) Drogen Nord und Mitte, AK Kinder 0-3 Jahre, AK Hilfe für Schwangere in Not, AK postpartale Depression, AK Kinder psychisch kranker Eltern, Runder Tisch Stillen sowie Teilnahme an mehreren Fachtagen z. T. überregional.

**Indikatoren:**

	2009	2008	2007	2005	2003	1999
Anteil der Betreuungsaufnahmen vor Entbindung	52,2%	51,6%	58,7%	55,7%	46,4%	51,1%
Ausgewählte Problemkonstellationen bei Betreuungsaufnahme (Mehrfachnennungen)						
HLU/ALG2-Empfänger	76,8%	63,7%	77,6%	67,6%	60,2%	50,2%
Familiäre Schwierigkeiten	79,4%	75,0%	82,3%	77,3%	81,3%	58,2%
Chronische Erkrankung	28,1%	29,3%	29,5%	41,5%	30,7%	36,0%
Behinderung	5,7%	4,3%	3,9%	4,0%	4,2%	6,7%
Sucht (ohne Raucherinnen)	11,0%	9,8%	9,4%	11,9%	9,0%	7,1%
Kindseitige Probleme	9,2%	6,8%	11,4%	16,4%	19,9%	16,4%

**Produkt: 4.1.2**

TippTapp - Sozialraumbezogene Frühberatung im häuslichen Bereich und Screening auf Kindeswohl

**Produktgruppe: 4.1**

Gesundheitspflege für werdende Eltern sowie Säuglinge und deren Familie/Kinderschutz

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: 41****Produktdefinition****Kurzbeschreibung**

Freiwilliges Beratungsangebot für Eltern mit Säuglingen im häuslichen Umfeld nach der Geburt des Kindes sowie mit 6 und 12 Monaten. Es enthält folgende Elemente: Gesundheitsberatung, Vernetzung im Wohnquartier und Screening auf Kindeswohlgefährdung bzw. auf jugendhilferelevanten Unterstützungsbedarf der Familie.

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere § 14

**Zielgruppe:**

Familien mit Säuglingen in sozial-benachteiligten Ortsteilen.

**Ziele:**

Steigerung der elterlichen Versorgungs- und Erziehungskompetenz  
Vernetzung zu regionalen Einrichtungen mit Angeboten für Familien, dem Gesundheitsbereich und dem Jugendhilfebereich  
Früherkennung von Kindeswohl gefährdenden Verhältnissen.

**Produkt: 4.1.2**

TippTapp - Sozialraumbezogene Frühberatung im häuslichen Bereich und Screening auf Kindeswohl

**Leistungsumfang qualitativ:**

Beratung von Müttern/Vätern im häuslichen Bereich durch 3 Hausbesuche im 1. Lebensjahr des Kindes in sozial benachteiligten Wohngebieten

- Sozialmedizinische Analyse zum Gesundheitszustand des Kindes und zum Kindeswohl
- Situationsadäquate Gesundheitsberatung im häuslichen Umfeld
- Vernetzung mit quartiersbezogenen einschlägigen Förder- und Unterstützungssystemen ( z.B. Familienhebammen, Haus der Familie, Frühförderung)
- Bei Bedarf Heranführung an das medizinische Regelversorgungssystem
- Bei Bedarf Vermittlung sozialer Hilfen oder Jugendhilfemaßnahmen

**Leistungen quantitativ:**

	Angeboten 2009	Erfolgt 2009
Besuch n. Geburt	770*	434
Besuch n. 6 Monaten	960	523
Besuch n. 12 Monaten	797**	429

\* Zu diesem Zeitpunkt sind noch nicht von allen Neugeborenen Meldedaten verfügbar.

\*\* Die Leistung wurde erst am 17.03.2009 erbracht.

**Einbezogene Ortsteile:**

112 Bahnhofsvorstadt	373 Tenever
233 Kattenturm	383 Hemelingen
242 Sodenmatt	441 Lindenhof
332 Neue Vahr Nord	442 Gröpelingen
334 Neue Vahr Südwest	443 Ohlenhof
335 Neue Vahr Südost	533 Lüssum Bockhorn

**Indikatoren:**Quote zustande gekommener Hausbesuche bezogen auf Besuchsangebote

	2009
Besuch nach Geburt	56,4 %
Besuch nach 6 Monaten	54,5 %
Besuch nach 12 Monaten	53,8 %

Hausbesuchsatmosphäre

	2009
freundlich	93,1%
neutral	6,8%
unfreundlich	0,2%

Quote der beim 1. Hausbesuch an Regelversorgungssysteme (Jugend-, Gesundheitshilfe) Vermittelten  
2009 47,0%

An das Jugendamt gemeldete Kinder 2009

mit Einverständnis	5
ohne Einverständnis	2

**Produkt: 4.1.3**

Bremer Einladungsprojekt Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen für Kinder

**Produktgruppe: 4.1**

Gesundheitspflege für werdende Eltern sowie Säuglinge und deren Familie/Kinderschutz

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 43 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Einladung und Erinnerung an anstehende Früherkennungsuntersuchungen sowie Klärung bzw. Intervention bei Nichtteilnahme

**Auftragsgrundlage:**

Gesetz zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Kindesvernachlässigung ( Kindeswohlgesetz – KiWG)  
ÖGDG, insbesondere §§ 14, 14a, 42a

**Zielgruppe:**

Teilnahmeberechtigte an den Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen für Kinder

**Ziele:**

Erhöhung der Beteiligung an den Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen für Kinder im Vorschulalter  
Erkennung von Kindesmisshandlungen und Vernachlässigungen

**Produkt: 4.1.3**

Bremer Einladungsprojekt Krankheitsfrüherkennungsuntersuchungen für Kinder

**Leistungsumfang qualitativ:**

- a) - Einladung zu den U-Terminen gemäß Einwohnermelderegister  
 - Abgleich der Anspruchsberechtigten mit Rückmeldungen der Ärzte über durchgeführte Untersuchungen  
 - Im Bedarfsfall Erinnerung und erneuter Abgleich.
- b) - Klärung der Gründe für Nichtteilnahme,  
 - ggf. Angebot der subsidiären Untersuchung im häuslichen Bereich  
 - ggf. Einschaltung Jugendhilfe

Die Leistungen unter a) werden von der Einladenden Stelle im GA Bremen auch für Bremerhaven erbracht. Die Leistungen unter b) erbringen die regional zuständigen Gesundheitsämter

**Leistungen quantitativ:**Eingeladene Kinder (Beginn Untersuchungszeitraum 01.07.08 – 30.06.2009)

	<b>U9</b>	<b>U8</b>	<b>U7a</b>	<b>U7</b>	<b>U6</b>
Stadt Bremen	4266	3617	2301	2392	2326
Bremerhaven	947	812	504	522	470
Land Bremen	5213	4429	2805	2914	2796

Erinnerte Kinder (Beginn Untersuchungszeitraum 01.07.08 – 30.06.2009)

	<b>U9</b>	<b>U8</b>	<b>U7a</b>	<b>U7</b>	<b>U6</b>
Stadt Bremen	701	1452	917	571	458
Bremerhaven	213	309	201	118	118
Land Bremen	914	1761	1118	689	576

Trackingfälle (Beginn Untersuchungszeitraum 01.07.08 – 30.06.2009)

	<b>U9</b>	<b>U8</b>	<b>U7a</b>	<b>U7</b>	<b>U6</b>
Stadt Bremen	529	894	-	-	-
Bremerhaven	148	194	-	-	-
Land Bremen	677	1088	-	-	-

**Anmerkung:** Berichtet wird für dieses Produkt grundsätzlich über Untersuchungen, deren Untersuchungszeitraum zwischen 01.07. des Vorjahres und 30.06. des Berichtsjahres begann. Wegen zeitgestufter Umsetzung des KiWoG sind die Berichtszeiträume für die einzelnen U's in diesem Berichtsjahr unterschiedlich lang: U9 volles Jahr, U8 drei Quartale, U7a, U7 und U6 jeweils zwei Quartale.

**Indikatoren: Teilnahmequoten**

<u>nach Einladung</u>	<b>U9</b>	<b>U8</b>	<b>U7a</b>	<b>U7</b>	<b>U6</b>
Stadt Bremen	83,6%	59,9%	61,9%	-	-
Bremerhaven	77,5%	61,9%	66,4%	-	-
Land Bremen	82,5%	60,2%	62,7%	-	-
<u>nach Erinnerung</u>	<b>U9</b>	<b>U8</b>	<b>U7a</b>	<b>U7</b>	<b>U6</b>
Stadt Bremen	4,0%	15,4%	13,9%	-	-
Bremerhaven	6,9%	14,2%	10,7%	-	-
Land Bremen	4,5%	15,2%	13,3%	-	-
<u>nach Tracking</u>	<b>U9</b>	<b>U8</b>	<b>U7a</b>	<b>U7</b>	<b>U6</b>
Stadt Bremen	9,7%	21,7%	19,0%	-	-
Bremerhaven	13,6%	19,7%	19,6%	-	-
Land Bremen	10,4%	21,4%	19,1%	-	-

Im Endergebnis weisen U9 bis U7a annähernd gleiche Beteiligungen zwischen 95,1% und 97,4% (Land) auf. Die hohe Beteiligungsquote der U9 bereits nach Einladung ist auf die verhältnismäßig lange Durchführungsfrist (5 Monate) gegenüber der U8 (3 Monate) zurückzuführen.

**Produkt: 4.2.1**

Einrichtungs- und gruppenbezogene Untersuchungs- und Beratungsangebote

**Produktgruppe: 4.2**

Gesundheitspflege in Kindereinrichtungen

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Erhebung des präventiven Status und Untersuchung ausgewählter Gesundheitsaspekte, Krankheitsfrüherkennung (subsidiär)  
Beratung zu ausgewählten Gesundheitsthemen

**Auftragsgrundlage:**

Kinder- und Jugendhilfegesetz,  
Infektionsschutzgesetz,  
Kindergarten- und Hortgesetz,  
ÖGDG, insbesondere §14

**Zielgruppe:**

Kinder in Einrichtungen  
Erzieher  
Eltern

**Ziele:**

Erkenntnisse zur gesundheitlichen Lage von Kindern  
Initiierung einrichtungsvermittelter Gesundheitsförderungsaktivitäten  
Sozialkompensatorische Gesundheitssicherung



**Produkt: 4.2.1**

Einrichtungs- und gruppenbezogene Untersuchungs- und Beratungsangebote

**Leistungsumfang qualitativ:**

Angebot der Erstuntersuchung für die Hälfte der neu in die KTH aufgenommenen Kinder auf Basis sozialmedizinischer Auswahlkriterien, vorwiegend in kommunalen KTH, umfassend:

- Ärztliche Untersuchung mit den Untersuchungsschwerpunkten Sinnesorgane, Sprache und motorische Entwicklung
- Beratung der Eltern zu ggf. erforderlichen individuellen Gesundheitssicherungsmaßnahmen
- Beratung der Kindereinrichtung über prioritär in den pädagogischen Alltag zu integrierende Gesundheitsförderungsthemen

Wiederholungsuntersuchung einzelner Kinder in Jahresabstand bei ärztlicher Indikation bzw. Veranlassung durch das Kindertagesheim

- Untersuchungsumfang siehe oben

Kontinuierliche sozialpädiatrische Begleitung von Kindern mit zusätzlichem Förderbedarf in Einrichtungen aller Träger (Basisuntersuchung, jährliche Folgeuntersuchung, Gruppenhospitation bei Bedarf)

**Leistungsumfang quantitativ:**

Kindergartenjahr	2008/2009	2007/2008	2006/2007	2004/2005	2002/2003
<u>Kommunale KTH</u>					
Anzahl der untersuchten Neuaufnahmen	1000	937	1002	1073	1132
Anzahl Wiederholungsuntersuchungen	538	473	595	643	535

Zusätzlich wurden 241 Kinder in nichtkommunalen KTH's untersucht.

**Indikatoren:**

Inanspruchnahme der Erstuntersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Sozialstatus

Clusterzugehörigkeit\* der erstuntersuchten Kinder in kommunalen KTH

	Cluster 1 (privilegiert)	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4 (benachteiligt)	Total
<b>2001/2002</b>	13,8%	17,6%	23,8%	44,8%	100,0%
<b>2003/2004</b>	13,0%	23,5%	25,2%	38,3%	100,0%
<b>2005/2006</b>	9,6%	21,5%	27,5%	41,4%	100,0%
<b>2006/2007</b>	*Siehe Bemerkungen				
<b>2007/2008</b>	12,0%	18,0%	25,9%	44,1%	100,0%
<b>2008/2009</b>	9,9%	22,4%	26,7%	41,0%	100,0%

Quote der Überweisungen zur Abklärung bzw. Therapie auffälliger Befunde / Erkrankungen

	Cluster 1 (privilegiert)	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4 (benachteiligt)	im Schnitt
<b>2001/2002</b>	19,2%	16,8%	13,1%	16,9%	16,3%
<b>2003/2004</b>	15,2%	19,5%	15,0%	16,9%	16,8%
<b>2005/2006</b>	19,6%	20,5%	23,3%	31,9%	25,9%
<b>2006/2007</b>	*Siehe Bemerkungen				
<b>2007/2008</b>	9,8%	17,8%	17,3%	23,5%	19,2%
<b>2008/2009</b>	18,2%	17,9%	16,1%	25,6%	20,6%

Die seit 2001/2002 vergleichsweise hohen Quoten der in Cluster 1 überwiesenen Kinder sind Folge des gegenüber den Vorjahren eingeschränkten Untersuchungsangebots in sozial besseren KTH und der Vorauswahl der zu Untersuchenden durch die KTH-Mitarbeiter/-innen, so dass in diesen Einrichtungen vor allem Kinder mit höheren Risiken zur Untersuchung gelangten.

\*Infolge >Erziehungsurlaubs der zuständigen Mitarbeiterin sind die einschlägigen Indikatoren ausnahmsweise nicht verfügbar.

\*Der Clustereinteilung liegt die jeweils aktuelle, vom SfJS erstellte Privilegierungsrangfolge der kommunalen KTH zugrunde.

**Produkt: 4.2.2**

Anlassbezogene Einzeluntersuchungen und -Beratungen

**Produktgruppe: 4.2**

Gesundheitspflege in Kindereinrichtungen

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Untersuchung und gutachterliche Stellungnahme zu institutionellen Förderbedarfen  
Sozialpädiatrische Begleitung der Fördermaßnahmen  
Beratung, ggf. Untersuchung bei individuellen gesundheitlichen Fragestellungen

**Auftragsgrundlage:**

Kinder- und Jugendhilfegesetz,  
Infektionsschutzgesetz  
Kindergarten- und Hortgesetz,  
ÖGDG, insbesondere §14

**Zielgruppe:**

Kinder mit besonderen gesundheitlichen Problemlagen oder Fragestellungen  
Erzieher, Therapeuten  
Eltern

**Ziele:**

Angemessene institutionelle Förderung von Behinderung bedrohter Kinder  
Integration manifest behinderter und chronisch kranker Kinder in Regeleinrichtungen

**Produkt: 4.2.2**

Anlassbezogene Einzeluntersuchungen und -Beratungen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Anlassbezogene Einzeluntersuchung und/oder Beratung in Kindertagesheimen und Horten u.a.

- Bei akuten und chronischen Erkrankungen
- Bei ansteckenden Erkrankungen (Wiederzulassung, Umgebungsuntersuchungen) in Abstimmung mit dem Bereich Infektionsschutz
- Zu speziellen Diäten und zur Medikamentengabe in der Einrichtung

Untersuchung, gutachterliche Stellungnahme, ggf. Mitwirkung in Hilfefunktionen bei vermutetem institutionellem Förderbedarf aufgrund gesundheitlicher Probleme oder Entwicklungsverzögerung / Entwicklungsstörung.

**Leistungen quantitativ:**

Gutachterliche Stellungnahmen zum Förderbedarf von Kindern in Kindergarten und Hort

	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2002
<b>Sozialpädiatrische Fördergutachten</b>	<b>1739</b>	<b>1735</b>	<b>1681</b>	<b>1841</b>	<b>1900</b>	<b>2200</b>	<b>936</b>

Erläuterung:

Nach Fallzahl und Zeitaufwand waren auch im aktuellen Berichtszeitraum die Gutachten zum Förderbedarf behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder die herausragende Leistung innerhalb dieses Produkts. Entgegen den Erwartungen hatten die 2003 getroffenen Veränderungen im Antragsverfahren nicht zu einem Antragsrückgang geführt, sondern – auch auf dem Hintergrund gezielter Bemühungen etlicher KTH – zu einem massiven Anstieg mit einem entsprechend erhöhten Anteil von Ablehnungen. Jetzt scheint sich das System „einzupendeln“. Der Arbeitsanfall ist jedoch erst dann annähernd vollständig erfasst, wenn auch der Aufwand zur Abarbeitung von Widersprüchen und Dissensen gegen die Förderentscheidungen, berücksichtigt wird.

**Indikatoren:**

Das Fördersystem wurde zu Beginn 2003 grundlegend umstrukturiert. In diesem Kontext übernahm der KJGD die Zugangssteuerung und damit de facto Ressourcenmitverantwortung für integrative Leistungen in Kindereinrichtungen. Mit der Übernahme der Zugangssteuerung wurde vom KJGD ein Berichtswesen entwickelt, dem die unter „Indikatoren“ aufgeführten Angaben entnommen wurden.

**Bearbeitete Anträge Erstmalige Förderung im Kindergarten**

Gesamtzahl: 571 (2008/2009) 648 (2007/2008) 636 (2006/2007) 605 (2005/2006)

HBG-Zuordnung	HBG 0 *	HBG 1	HBG 2	HBG 3
(2005/2006)	146 (24,3%)	285 (47,3%)	145 (24,1%)	26 (4,3%)
(2006/2007)	161 (25,3%)	319 (50,2%)	132 (20,8%)	24 (3,8%)
(2007/2008)	179 (27,6%)	333 (51,4%)	117 (18,1%)	19 (2,9%)

FBG-Zuordnung (2008/2009**)	FBG R	FBG A	FBG B

\* HBG 0 oder FBG R bedeutet, keine zusätzlichen Förderressourcen erforderlich.

\*\* Wechsel des Bewertungsrasters, Zahlen konnten noch nicht ermittelt werden. Sie stehen zum nächsten Berichtsjahr zur Verfügung.

**Produkt: 4.3.1**

Schulen- und gruppenbezogene Untersuchungs- und Beratungsprogramme

**Produktgruppe: 4.3**

Gesundheitspflege in Schulen

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Erhebung des präventiven Status und Untersuchung ausgewählter Gesundheitsaspekte, Krankheitsfrüherkennung (subsidiär)  
Beratung zu ausgewählten Gesundheitsthemen

**Auftragsgrundlage:**

Schulgesetz,  
Schulverwaltungsgesetz,  
ÖGDG, insbesondere §14  
Infektionsschutzgesetz,

**Zielgruppe:**

Schülerinnen und Schüler  
Lehrer  
Eltern

**Ziele:**

Erkenntnisse zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen  
Initiierung schulvermittelter Gesundheitsförderungsaktivitäten  
Sozialkompensatorische Gesundheitssicherung

**Produkt: 4.3.1**

Schulen- und gruppenbezogene Untersuchungs- und Beratungsprogramme

**Leistungsumfang qualitativ:**

Systematische Untersuchungs- und Beratungsprogramme für Schülerinnen und Schülern unterschiedlichen Alters:

## Schulanfängeruntersuchung

- Individualuntersuchung vor Eintritt in die Schule
- Hospitation in der 1. Klassenstufe bzw. den Lernanfängergruppen (alle)

## Untersuchungs- und Beratungsangebote für sonderpädagogisch geförderte Schüler

- In den Förderschwerpunkten Lernbehinderung / Entwicklungsstörungen / Sprachbehinderung in der 5. und 8. Klassenstufe
- Für an oder durch Spezialsonderschulen (Körperbehinderte, Sehbehinderte etc.) geförderte Schüler in zweijährigem Rhythmus.

Sehtestaktion für Schüler der 5. Klassenstufe (nur allgemeinbildende Schulen, ohne Brillenträger und Schüler in augenärztlicher Behandlung)

Untersuchung und Beratung von Schülern mit Problemabschluss beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in vollzeitschulische Berufsvorbereitung auf Basis gesetzlicher Teilnahmeverpflichtung

**Leistungen quantitativ:**

Schuljahr	2008/2009	2007/2008	2006/2007	2004/2005	2002/2003
Zahl der durchgef. Untersuchungen					
- Schulanfänger	4241	4087	4471	4622	5064
- Sehtestaktion in 5. Klassen	2491	2711	2771	2780	3068
- Vollzeit-Berufsvorbereitung	277	275	284	358	314

**Indikatoren:**Schulanfänger Einschulungsjahrgang 2009 - Ergebnisse in ausgewählten schulrelevanten Diagnosegruppen

Diagnosegruppe	Schulanfänger mit Arztüberweisung				Schulanfänger ohne auffälligen Befund			
	2009	2008	2005	2001	2009	2008	2005	2001
Auge/Sehen	10,8%	11,0%	11,4%	12,5%	81,0%	80,4%	80,6%	79,5%
Ohr/Hören	3,9%	4,2%	4,9%	4,0%	94,4%	93,4%	92,7%	92,5%
Motorik	1,1%	0,9%	0,8%	1,0%	*	*	*	83,1%
Sprache	3,1%	2,3%	2,7%	2,6%	*	*	*	83,6%

<u>Sehtestaktion Schuljahr</u>	2008/2009	2007/2008	2004/2005	2000/2001
Untersuchte, Bezug alle 5. Klässler	65,4%	65,4%	70,4%	89,1%
Zum Arzt Überwiesene, Bezug Untersuchte	9,4%	9,4%	11,3%	13,2%

<u>Vollzeit-Berufsvorbereitung</u>	2008/2009	2007/2008	2004/2005	2000/2001
Arztüberweisungsquote	47,7%	40,7%	47,2%	43,0%

\* Da nur noch rund die Hälfte der Schulanfänger ärztlich untersucht wird, kann keine Aussage mehr zum Gesundheitszustand aller Schulanfänger gemacht werden.

**Produkt: 4.3.2**

Anlassbezogene Einzeluntersuchungen und -Beratungen

**Produktgruppe: 4.3**

Gesundheitspflege in Schulen

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Untersuchung und gutachterliche Stellungnahme zu spezifischen schulischen Förderbedarfen  
Schulärztliche Begleitung der Fördermaßnahmen  
Beratung, ggfls. Untersuchung bei individuellen gesundheitlichen Fragestellungen

**Auftragsgrundlage:**

Schulgesetz,  
Schulverwaltungsgesetz,  
ÖGDG, insbesondere §14,  
Infektionsschutzgesetz

**Zielgruppe:**

Schülerinnen und Schüler mit besonderen gesundheitlichen Problemlagen oder Fragestellungen  
Lehrer  
Eltern

**Ziele:**

Angemessene Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Schulschwierigkeiten  
Integration behinderter und chronisch Kranker in die Regelschule

**Produkt: 4.3.2**

Anlassbezogene Einzeluntersuchungen und -Beratungen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Untersuchung und Beratung einzelner Schüler, ggf. gutachterliche Stellungnahme in der Regel auf Veranlassung der Schule

- Schulärztliche Leistungen im Rahmen schulischer Förderdiagnostik bei Schulschwierigkeiten vorwiegend im Primarbereich
- Schulärztliche Stellungnahme im Rahmen des Verfahrens zur Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs auf Basis gesetzlicher Verpflichtung
- Schulärztliche Basisuntersuchung bei Quereinstieg in eine höhere Klassenstufe und erstmalige Aufnahme in eine Schule im Geltungsbereich des Grundgesetzes (Zuwanderer)
- Schulärztliche Stellungnahme zur Schulsportbefreiung in Primarstufe und Sek.1-Bereich
- Schulärztliche Stellungnahme bei längerem/ häufigem Schulversäumnis aus gesundheitlichen Gründen
- Schulärztliche Beteiligung im Beratungsverfahren bei Schulverweigerung
- Maßnahmen bei ansteckenden Erkrankungen (Beratung, Wiedenzulassung, Umgebungsuntersuchungen) in Abstimmung mit dem Bereich Infektionsschutz

**Leistungen quantitativ**

Schuljahr	2008/2009	2007/2008	2005/2006	2003/2004	2001/2002
Untersuchungen wg. Schulsportbefreiung:	13	13	38	22	46*
Untersuchungen von Quereinsteigern	154	135	142	102**	414
Stellungnahmen zu sonderpäd. Förderbedarf	616	606	652	567	548

\* Der deutliche Rückgang der Untersuchungen zur Schulsportbefreiung erklärt sich über eine mit der Bildungsbehörde abgestimmten Änderung der Untersuchungsindikation. Die Rückführung der Untersuchungsaufträge war zur Kompensation von Stellenreduktionen des Schulärztlichen Dienstes erforderlich geworden.

\*\* Der Rückgang erklärt sich durch die rückläufige Zahl schulpflichtiger Zuwanderer.

**Indikatoren:**Schulärztliche Stellungnahmen zu sonderpädagogischen Förderbedarf

Schuljahr	2008/2009	2007/2008	2005/2006	2003/2004	2001/2002
Zeitpunkt des Feststellungsverfahrens:					
Vor Einschulung:	40,1%	38,1%	37,1%	31,9%	36,6%
Nach Einschulung:	59,9%	61,9%	62,9%	68,1%	63,4%
Sonderpädagogische Förderung erforderlich	28,4%	84,3%	84,5%	87,7%	85,8%
Arztüberweisungen	32,8%	30,9%	29,0%	30,0%	35,1%

**Produkt: 4.4.1**

Untersuchung und Beratung

**Produktgruppe: 4.4**

Spezielle und übergreifende Maßnahmen der Kinder- und Jugendgesundheitspflege

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -**

**Produktdefinition**

**Kurzbeschreibung:**

Niedrigschwellige Beratungs- und Untersuchungsangebote in Form von Sprechstunden

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere §14

**Zielgruppe:**

Eltern von Säuglingen und Kleinkindern  
Jugendliche

**Ziele:**

Verbesserung der Gesundheitsberatung als Beitrag zur Gesundheitssicherung sozial benachteiligter Familien und Jugendlicher.



**Produkt: 4.4.1**

Untersuchung und Beratung

**Leistungsumfang qualitativ:**

Niedrigschwellige Beratungs- und Untersuchungsangebote in Form von Sprechstunden:

- Für Hauptschüler wird im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit der KV subsidiär die Jugendgesundheitsuntersuchung J1 während der Unterrichtszeit in den Schulen angeboten.

Infolge der mit Stellenreduktion verbundenen Aufgabenkritik im Rahmen des Projekts Umstrukturierung GA 2000 – 2005 wurden weitere Arbeitsansätze in diesem Produkt massiv zurückgenommen. Leistungsdaten wurden nicht mehr erhoben.

**Leistungen quantitativ:**

- Jugendgesundheitsuntersuchung J1 bei Hauptschülern

	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003
Ermächtigte Ärzte:	3	3	3	3	3	3	3
Durchgeführte Untersuchungen:	257**	174	92*	177	101	98	91

Die Untersuchtenzahlen berücksichtigen nur die bei der KV abgerechneten Untersuchungen. Sofern untersuchte Schüler wegen Überschreitens des Altersgrenze nicht abgerechnet wurden, sind sie in der Listung nicht enthalten. Ca. 1/3 der Untersuchten fällt in diese Kategorie.

\* Die geringe Zahl durchgeführter Untersuchungen im Berichtsjahr ist auf längerfristige Erkrankungen der ermächtigten Ärzte zurückzuführen.

\*\* Bessere Inanspruchnahme der Jugendgesundheitsuntersuchung (J1) von Hauptschülern

**Indikatoren:**

Zur Zeit keine Auswertung

**Produkt: 4.4.2**

Gutachten und Stellungnahmen

**Produktgruppe: 4.4**

Spezielle und übergreifende Maßnahmen der Kinder- und Jugendgesundheitspflege

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Abgabe von Individualgutachten und Stellungnahmen zu speziellen sozialpädiatrischen Fragestellungen in der Regel auf Anforderung

**Auftragsgrundlage:**Kinder- und Jugendhilfegesetz  
Bundessozialhilfegesetz  
ÖGDG  
Asylbewerberleistungsgesetz  
und Andere**Zielgruppe:**Institutionen der Jugend-, Sozial- und Familienhilfe  
Kranken- und Rentenversicherer  
Verbände  
Leistungsberechtigte**Ziele:**

Qualifizierung der Entscheidungen Dritter

**Produkt: 4.4.2**

Gutachten und Stellungnahmen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Abgabe von Individualgutachten und Stellungnahmen zu speziellen sozialpädiatrischen Fragestellungen in der Regel auf Anforderung:

## Frühförderung

- Die gutachterlichen Stellungnahmen beinhalten eine eingehende Untersuchung inkl. Entwicklungsstandsbestimmung (wird in der Regel durchgeführt im Rahmen eines Hausbesuches)

## LRS-Gutachten

- Die Stellungnahme bezieht sich auf die Voraussetzung zur Förderung auf Basis §35a KJHG

## Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz

## Weitere Gutachtenfelder

- Krankenkostzulage
- Pflegegeld
- Reisefähigkeit (für Asylbewerber)
- Beihilfefragen
- Fremdplazierung/Heimeinweisung

**Leistungen quantitativ:**Gutachten zu Frühförderung (0-3 Jährige)

Jahr	2009	2008	2007	2006	2005	2003	2001
Anzahl (nur Erstgutachten)	122	158	116	112	118	148	82

Begutachtung nach §35a KJHG (drohende) seelische Behinderung bei LRS

Dieses Gutachtenfeld war vor 2001 wegen nur geringer Fallzahl hier nicht aufgeführt. Die steigenden Antrags- und entsprechend Gutachtenzahlen wurden Mitte 2003 über Absprachen der Ressorts Bildung und Jugend wieder zurückgefahren. Inzwischen werden die Schüler innerschulisch besser gefördert, so dass kein Bedarf an Begutachtung mehr besteht.

Jahr	2009	2008	2007	2006	2005	2003	2001
Erstattete „LRS-§35a –Gutachten“ (nur Erstgutachten)	0	0	0	0	8	155	ca. 150

<u>Pflegegeld Kinder und Jugendliche</u>	2009	2008	2007	2006	2005	2003
Gutachten	9	11	26	19	24	12
Bedarfsfeststellungen	1	1	1	8	2	

Beurteilung der Reisefähigkeit  
Kinder und Jugendliche

von Asylbewerbern	2009	2008	2007	2006	2005	2003
	2	2	2	4	10	12

**Indikatoren:**

Infolge der geringen Fallzahlen in den Leistungssegmenten zur Zeit keine Indikatoren verfügbar.

**Produkt: 4.4.3**

Koordination und Unterstützung gesundheitlicher Aktivitäten auf Stadtteil- und Gemeindeebene  
Institutionen- und Systemberatung im Jugendhilfe- und Bildungsbereich

**Produktgruppe: 4.4**

Spezielle und übergreifende Maßnahmen der Kinder- und Jugendgesundheitspflege

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Vertretung von Kindergesundheitsanliegen in Gremien  
Koordination von Kindergesundheitsaktivitäten  
Unterstützung gesundheitsbezogener Eltern-Kind-Selbsthilfegruppen  
Stellungnahmen zu gesundheitlichen Aspekten institutioneller Kinderbetreuung,  
Beratung von Kindereinrichtungen

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG  
KJHG  
Kindergarten- und Hortgesetz  
Schulgesetze  
Infektionsschutzgesetz

**Zielgruppe:**

Relevante kommunale Organisationsebenen  
Autonome Kindergesundheits-Initiativen  
Eltern-Kind-Selbsthilfegruppen  
Jugendamt und Jugendbehörde  
Bildungsbehörde

**Ziele:**

Implementation von Kindergesundheit als Gegenstand des gesellschaftlichen Diskurs  
Bündelung einschlägiger Ressourcen  
Stärkung des Selbsthilfepotentials  
Förderung gesundheitsbezogener Handlungsmuster im Jugendhilfe- und Bildungsbereich

**Produkt: 4.4.3**

Koordination und Unterstützung gesundheitlicher Aktivitäten auf Stadtteil- und Gemeindeebene  
Institutionen- und Systemberatung im Jugendhilfe- und Bildungsbereich

**Leistungsumfang qualitativ:**

Vertretung von Kindergesundheitsanliegen in regionalen Gremien

- Beteiligung an "Arbeitskreisen Kinder" auf Stadtteil- bzw. Ortsteilebene
- Beratung der Ortsämter / Ausschüsse der Ortsbeiräte auf Anforderung

Koordination von Kindergesundheitsaktivitäten

- Umsetzung des "Konsenspapier" über die Zusammenarbeit von Kinderärzten im ÖGD und niedergelassener Praxis
- Aufbau von Kooperationen zu den bremischen Kinderkliniken
- Pflege des Dialogs mit der bremischen Hebammenschaft
- Entwicklung systematischer Kontakte zur kinder- und jugendbezogenen bremischen Public Health Forschung

Unterstützung gesundheitsbezogener Eltern-Kind-Selbsthilfegruppen

Beratung der einzelnen Kindertagesheime und der Jugendbehörde durch

- Systematische Gespräche mit den Leitungen bzw. Mitarbeitern der Einrichtungen
- Mitwirkung in einschlägigen regionalen und gesamtstädtischen Gremien des Jugendhilfebereichs
- Beteiligung an innerbehördlichen und trägerübergreifenden themenzentrierten Arbeitsgemeinschaften und Fachtagungen
- Schriftliche Stellungnahmen zu gesundheitlichen Aspekten institutioneller Kinder- und Jugendbetreuung außerhalb des Schulbereichs

Beratung der Einzelschulen und der Bildungsbehörde durch

- Systematischer Dialog mit den Grundschulleitungen
- Mitwirkung in einschlägigen Schulgremien
- Schulärztliche Beteiligung an Arbeitsgruppen und Fachtagen
- Schriftliche Stellungnahmen zu gesundheitlichen Aspekten des Schulwesens
- Auswertung der Schülersgesundheitsuntersuchungen / Schülersgesundheitsberichterstattung

Beratung der verfaßten Schulleiterschaft

**Leistungen quantitativ:**

Das Arbeitsfeld ist nur qualitativ beschreibbar.

**Indikatoren:**

Bei der Vielzahl und Heterogenität der Arbeitsansätze stehen übergreifende Indikatoren nicht zur Verfügung. Statt dessen werden zu ausgewählten Aktivitäten ggf. kurze Einschätzungen abgegeben, ggf. Kundenbefragung.

**Noch Produkt: 4.4.3**

Die Leistungen in diesem Sektor sind gegenüber den Vorjahren nach Zeitaufwand in etwa konstant geblieben. Es ergaben sich jedoch wiederum einige thematische Verschiebungen:

In nahezu allen Stadtteilen nahmen Mitarbeiter/-innen des KJGD an den institutionalisierten Stadtteilkonferenzen für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche teil, bezogen zu gesundheitlichen Fragen Stellung bzw. brachten gesundheitliche Anliegen ein.

Auch im Berichtsjahr haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in regionalen, wohnquartierbezogenen Konferenzen das Thema Armut und gesundheitliche Benachteiligung von Kindern weiter thematisiert.

Als besonders hilfreich für die Gestaltung einzelfallbezogener Kooperationen haben sich die regionalen Informations- und Verständigungstreffen mit Erziehungsberatungsstellen und Schulpsychologischem Dienst erwiesen.

Die Zusammenarbeit der Bremer Kinderärzte in niedergelassener Praxis, Klinik und ÖGD ist weiterhin erfreulich gut. Hervorzuheben ist hier die gut besuchte Fortbildungsveranstaltung des KJGD für Kinderärzte zur Inklusion und weiteren gesundheitsrelevanten Entwicklungen an Bremer Schulen.

Die Kooperation mit dem Landessportbund wurde weitergeführt. Zusammen mit niedergelassenen Kinderärzten hat der KJGD wieder Patenschaftsfunktion im Rahmen des Programms „Bewegungskindergärten“ übernommen.

Weiter ist der KJGD Partner des mit Bundesmitteln finanzierten Projektes „Besser essen, mehr bewegen“. Hier haben die Gesundheits- und Kinderkrankenschwestern im Berichtsjahr unter Anleitung von Wissenschaftlern der Universität Karlsruhe im Rahmen der Evaluation des Projekts 2 Wochen lang die Fitness von Grundschulern in Interventions- und Kontrollklassen getestet.

Der Gesundheitsbericht zu Über- und Untergewicht, zum Körperselbstbild und zu Ess-Störungen von Schülerinnen und Schülern des Sek.1-Bereichs hat in Fachkreisen große Anerkennung gefunden, wie mehrere Anforderungen von Zeitschriftartikeln und Kongressreferaten zeigen. Die Aufmerksamkeit von Lehrerinnen und Lehrern auf dieses Problem zu lenken, bleibt allerdings Aufgabe über das Berichtsjahr hinaus.

Durch Mitarbeit in der AG Werkschule des Bildungsressorts versucht der Schulärztliche Dienst für deren spezielle Schülergruppen von Beginn an gesundheitsrelevante Elemente im pädagogischen Alltag und als Bildungsziel zu verankern.

Die Beteiligung am bildungs- und jugendpolitischen Schwerpunkt „Schulvermeidung spürbar reduzieren“ wurde auf dem Hintergrund reduzierter Personalressourcen weisungsgemäß auf der Ebene „Beratung zu Einzelfällen auf Anforderung“ weitergeführt.

Weiterhin ist der Schulärztliche Dienst ständiger Gast mit Beratungsfunktion bei den Treffen des Zentralelternbeirates Schulen.

Über kontinuierliche Mitarbeit war der KJGD in folgenden zentralen Gremien bzw. Projekten des Jugendhilfe-/Sozialbereichs vertreten:

- Jugendhilfeausschuß (Stadt und Land)
- AG VII „Hilfen für Minderjährige und junge Menschen“ (Land) zur Umsetzung des SGB IX
- AG Frühförderung gemäß §26 und §30 SGB IX (mit den Kassen)
- AG Zugangssteuerung (integrative Hilfen in Kindereinrichtungen)

Fortgesetzt wurden Beratungsgespräche mit dem Ziel der Verbesserung einer passgenauen Auswahl von Pflegefamilien für fremd zu platzierende Kinder. Es wurde zwischen AfSD, PiB (Pflegekinder in Bremen) und KJGD Übereinstimmung erzielt, dass eine Regelanfrage beim KJGD anlässlich einer Fremdplatzierung hilfreich sei; vom Amt für Soziale Dienste wurde zwischenzeitlich eine diesbezügliche Richtlinie erlassen.

Analysierend und beratend nahm die sozialpädiatrische Abteilung im nunmehr 4. Berichtsjahr mit erheblichem Zeitaufwand und auf den unterschiedlichsten Ebenen an der Aufarbeitung des Todes des kleinen Kevin teil.

Vor dem Hintergrund der nach langen Wehen in Kraft gesetzten fachlichen Weisung zum Umgang mit drogenabhängigen, substituierten Eltern fanden wiederholt Koop.-Gespräche mit dem Drogenhilfebereich statt. Erfreulich konstruktiv hat sich hier die Zusammenarbeit mit Comeback entwickelt.

**Produkt: 4.4.4**

Impfwesen

**Produktgruppe: 4.4**

Spezielle und übergreifende Maßnahmen der Kinder- und Jugendgesundheitspflege

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: - 41 -****Produktdefinition****Kurzbeschreibung:**

Förderung der Impfmotivation und Durchführung von Impfungen

**Auftragsgrundlage:**Infektionsschutzgesetz  
ÖGDG, insbesondere §22**Zielgruppe:**

Alle Bürger, insbesondere Kinder und Jugendliche

**Ziele:**

Schutz der Bevölkerung vor impfprävenablen Erkrankungen

**Produkt: 4.4.4**

Impfwesen

**Leistungsumfang qualitativ:**

Verbesserung des Informationsstandes über und der Motivation zu Impfungen

- Impfauskünfte an Bürger auf Anfrage
- Beratung von Ärzten und Fachdiensten auf Anfrage
- Schriftliche Elterninformation zum altersentsprechenden Impfstatus bei Bestätigung des Kindergartenplatzes
- Individuelle Impfberatung und allgemeine schriftliche Information zum altersentsprechenden Impfstatus in Verbindung mit der Schuleingangsuntersuchung.
- Themenbezogene Medienarbeit
  
- Masern-Mumps-Röteln-Impfung in 5. Klassen
- Hepatitis-B-Impfungen in 7. Klassen
- Beschaffung von Impfstoffen für Dritte (Arbeitsmedizinischer Dienst, Gefängnis etc.)

Gesundheitsberichterstattung

- Erhebung des Impfstatus anhand der Impfdokumente in Verbindung mit der Schuleingangsuntersuchung sowie den MMR- und Hepatitis-B-Impfaktionen. Erstellung kommentierter Berichte zum Durchimpfungsgrad

**Leistungen quantitativ:**Impfauskünfte durch Mitarbeiterinnen der Impfstelle auf Anfrage

Jahr	2009	2008	2007	2006	2004	2002	2000
Gesamt	1135	832	784	734	638	862	809

Weiterleitungen von Anfragen erfolgten bei Bedarf an das Hafengesundheitsamt, den Bereich Infektionsschutz im GA und an die diensthabenden Ärzte des KJGD.

Schriftliche Informationen unabhängig von eigenen Impfangeboten

- Für alle Kinder anlässlich Aufnahme in den Kindergarten (ca. 4500 Infos). Verschickt durch AfSD.
- Für alle Kinder anlässlich der Schuleingangsuntersuchung (ca. 4500 Infos). Abgabe durch schulärztliche Teams im Rahmen individueller Impfberatung.

Fortführung der Impfvereinbarung mit den Gesetzlichen Krankenkassen. In diesem Rahmen:

Schuljahr	2008/2009	2007/2008	2005/06	2003/04	2001/02
Gegen Masern/ Mumps/Röteln Geimpfte	398	433*	740	942	1449
Gegen Hepatitis B Geimpfte	622	772*	1015	1464	1657
Verabreichte Hepatitis-B-Impfdosen	1341	1590*	2124	3456	4092

\* Die stark rückläufige Zahl von Impfungen im Rahmen der Impfaktionen ist auf die verbesserte Immunitätsausgangslage der Schüler/innen zurückzuführen.

Vorlage von 3 Berichten zum Durchimpfungsgrad der Schulanfänger sowie Jugendlicher gegen Masern, Mumps und Röteln bzw. bei Hepatitis B.



## Indikatoren Produkt 4.4.4:

**Immunitätsstatus des Einschulungsjahrganges 2009****Darstellung der Impfraten nach unterschiedlichen Berechnungsansätzen**

<b>Tetanus</b>	<b>Freq</b>	<b>Bezug mit Pass</b>	<b>Bezug Alle</b>	<b>Mittelwert</b>	<b>Grundimmunisierung</b>
1 und 2	23	0.6%	0.5%	0.6%	begonnen
3 und mehr	3685	99.2%	87.0%	93.1%	vollständig
<b>Diphtherie</b>	<b>Freq</b>	<b>Bezug mit Pass</b>	<b>Bezug Alle</b>	<b>Mittelwert</b>	<b>Grundimmunisierung</b>
1 und 2	32	0.9%	0.7%	0.8%	begonnen
3 und mehr	3653	98.3%	86.1%	92.2%	vollständig
<b>HiB</b>	<b>Freq</b>	<b>Bezug mit Pass</b>	<b>Bezug Alle</b>	<b>Mittelwert</b>	<b>Grundimmunisierung</b>
1 und 2	68	1.8%	1.6%	1.7%	begonnen
3 und mehr	3483	93.7%	82.2%	88.0%	vollständig
<b>Pertussis</b>	<b>Freq</b>	<b>Bezug mit Pass</b>	<b>Bezug Alle</b>	<b>Mittelwert</b>	<b>Grundimmunisierung</b>
1 bis 3	136	1.2%	3.2%	2.2%	begonnen
4 und mehr	3444	92.7%	81.2%	87.0%	vollständig
<b>Polio</b>	<b>Freq</b>	<b>Bezug mit Pass</b>	<b>Bezug Alle</b>	<b>Mittelwert</b>	<b>Grundimmunisierung</b>
1 und 2	62	1.6%	1.5%	1.6%	begonnen
3 und mehr	3609	97.1%	85.2%	91.2%	vollständig
<b>Hepatitis-B</b>	<b>Freq</b>	<b>Bezug mit Pass</b>	<b>Bezug Alle</b>	<b>Mittelwert</b>	<b>Grundimmunisierung</b>
1 und 2	86	2.3%	2.0%	2.2%	begonnen
3 und mehr	3309	89.0%	78.0%	44.5%	vollständig
<b>Masern</b>	<b>Freq</b>	<b>Bezug mit Pass</b>	<b>Bezug Alle</b>	<b>Mittelwert</b>	<b>Immunitätsstatus</b>
1 und mehr	3546	95.4%	83.6%	90.0%	vollst. Grundimm
2 und mehr	3299	88.8%	77.8%	83.3%	zus. Auffrischun
<b>Mumps</b>					
1 und mehr	3529	94.9%	83.2%	89.1%	vollst. Grundimm
2 und mehr	3288	88.4%	77.5%	83.0%	zus. Auffrischun
<b>Roeteln</b>					
1 und mehr	3527	94.9%	83.1%	89.0%	vollst. Grundimm
2 und mehr	3284	88.4%	77.4%	83.0%	zus. Auffrischun
<b>Impfstatus der Jugendlichen Schuljahr 2008/2009</b>					
<b>Hepatitis-B-Impfstatus</b>			<b>Masern-Impfstatus</b>		
<b>Anzahl</b>	<b>Vor</b>	<b>Nach</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Vor</b>	<b>Nach</b>
<b>Impfungen</b>	<b>Impfaktion</b>	<b>Impfaktion</b>	<b>Impfungen</b>	<b>Impfaktion</b>	<b>Impfaktion</b>
<b>keine</b>	<b>38,1%</b>	<b>26,5%</b>	<b>keine</b>	<b>16,9%</b>	<b>13,0%</b>
<b>3 mal</b>	<b>53,1%</b>	<b>60,2%</b>	<b>2 mal</b>	<b>71,0%</b>	<b>75,2%</b>

**Produkt: 4.5.1**

Kinder- und Jugendzahnpflege

**Produktgruppe: 4.5**

Zahnärztlicher Dienst

**Produktbereich: 4**

Sozialpädiatrische Aufgaben

**Verantwortliche Stelle: 42****Produktdefinition****Kurzbeschreibung**

Beratung und Informationsarbeit zu Mundhygiene und Zahnpflege  
Zahnärztliche Untersuchung, Zahngesundheitserziehung und kariesprophylaktische Maßnahmen vorwiegend in Schulen

**Auftragsgrundlage:**

ÖGDG, insbesondere §14

**Zielgruppe:**

Kinder und Jugendliche, insbesondere Schüler  
Kindereinrichtungen, einschlägige Institutionen und Verbände

**Ziele:**

Verbesserung der Zahnpflege und Mundhygiene  
Verbesserung der Zahngesundheit

**Produkt: 4.5.1**

Kinder- und Jugendzahnpflege

**Leistungsumfang qualitativ:**

Zahngesundheitserziehung in Schulen

- Zahnärztliche Befunderhebung in 1. - 4. Klassen und 6. Klassen in Verbindung mit Gruppenprophylaxe
- Fluoridierungsmaßnahmen in sozial benachteiligten Schulstandorten
- Förderung der Zahnpflege bei schulischem Mittagstisch (Betreuungsschulen)

Dezentrale Individualberatung zur Zahngesundheitspflege bei Kleinkindern (vor Kindergartenaufnahme)

Ausgabe von Fluorid-Tabletten an eigenes Klientel und zur Verteilung durch Dritte

Fachliche Beratung zur Strategie und Durchführung der Zahnprophylaxe im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege

Spezifische Gesundheitsberichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit

**Leistungen quantitativ:**

Hinweis: Gemäß dem geänderten Konzept der LAJB wird seit dem Schuljahr 2001/ 2002 der gesamte Grundschulbereich gruppenprophylaktisch von der LAJB abgedeckt, dagegen wurde die zahnärztliche Befunderhebung (in 6. Klassen in Verbindung mit gruppenprophylaktischer Beratung) verstärkt.

Schuljahr	2008/2009	2007/2008	2006/2007	2004/2005	2002/2003	1998/1999
Fluoridierungsmaßnahmen	428	421	490	960	771	356
Zahnärztlich untersuchte Schüler	8484	7174**	11027	10124	6822	2054
Beratungen bei Kleinkindern	500	365	425	430	408	412
Migrantenprojekt (Hippy/DRK) Eltern	151	194	118			
Kinder	70	140	31			

\* Die erhebliche Zunahme zahnärztlich untersuchter Schüler muss im Zusammenhang mit dem Wegfall von Gutachtenaufträgen ab Januar 2004 gesehen werden (ehemaliges Produkt 4.5.1.).

\*\* Die vergleichsweise geringere Untersuchtenzahl ist massiven krankheitsbedingten Fehlzeiten anzulasten.

Vorlage kommentierter Berichte zum Zahngesundheitszustand alle drei bis 4 Jahre, zuletzt 2004/2005.

**Indikatoren:**

Der DMFT-Index wird alle drei bis vier Jahre ermittelt (Pieper-Studie).

Schuljahr		2008/2009***	2004/2005	2000/2001	1997/1998
6-7 Jährige	Milchzähne dmf-t		2,76	3,27 *	2,68
	naturgesunde Milch-Gebisse		40,2 %	38,9 %	41,0 %
9 Jährige	Milchzähne df-t		n.u.	2,75	2,29
	naturgesunde Milch-Gebisse		-**	27,5 %	24,7 %
12 Jährige	bleibende Zähne DMF-T		0,98	1,29	1,31
	naturgesunde Gebisse		48,3 %	49,9 %	40,4%
15 Jährige	bleibende Zähne DMF-T		2,32	-	-
	naturgesunde Gebisse		36,7 %-	-	-

\* Möglicherweise Erhebungsfehler

\*\* Gemäß bundeseinheitlicher Vorgehensweise wurden die Feststellungen zur Zahngesundheit bei 9-Jährigen zugunsten der 15-Jährigen aufgegeben.

\*\*\* Studienergebnisse liegen noch nicht vor.

## **Zusammenfassung zum Leistungsbericht 2009**

### **Abteilung 5 – Sozialpsychiatrischer Dienst**

#### **Sozialpsychiatrische Leistungen für psychisch kranke Erwachsene**

Im Betreuten Wohnen hat sich der Anstieg der Nachfrage im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr wieder deutlich abgeschwächt. Die durchschnittliche Steigerungsrate in den letzten 4 Jahren lag bei 4,6 Prozent – bezogen auf die durchschnittlich belegten Plätze. Die Steigerungsrate im Heimwohnen lag im gleichen Zeitraum bei 3,8%. Problematisch ist der relativ hohe Anstieg der Nichtbehandlungsfälle im Klinikum Ost auf inzwischen 10 durchschnittlich belegte Plätze.

#### **Sozialpsychiatrische Leistungen für suchtkranke Erwachsene (legaler Bereich)**

Im Betreuten Wohnen ging die Zahl der durchschnittlich belegten Plätze gegenüber dem Vorjahr von 93 auf 90 zurück. In den letzten 4 Jahren lag die Steigerungsrate trotz der Trendumkehr 2009 im Schnitt bei 5% jährlich.

Die Heimplätze für Suchtkranke gingen 2009 ebenfalls weiter zurück von 109 auf 105 durchschnittlich belegte Plätze. Eine nur leicht variierende Entwicklung um 110 Plätze zeichnet sich schon seit einigen Jahren ab.

Auch die Plätze in den Übergangwohnheimen blieben in den letzten Jahren mit im Mittel 47 Plätzen weitgehend konstant.

#### **Sozialpsychiatrische Leistungen für Drogenabhängige**

Das Betreute Wohnen bleibt mit 145 Plätzen im Durchschnittsbereich der letzten Jahre.

Die Wohnheimplätze nehmen dagegen weiter von Jahr zu Jahr deutlich zu, im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 31% auf 59 Plätze. Hintergrund ist die steigende Zahl älterer multimorbider Drogenabhängiger.

#### **Sozialpsychiatrische Leistungen für Kinder- und Jugendliche**

Die Fallzahl blieb in etwa konstant. Der Anteil der Institutsambulanzleistungen (381 Scheine) konnte um 20% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, was die Refinanzierungsquote durch die Kassen deutlich verbessert. Genauere Angaben zu den Leistungen liegen erst im Sommer vor, da der Leistungsbericht der KIPSY gekoppelt ist an den Leistungsbericht der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik und der Institutsambulanz.

gez. Dr. G. Möhlenkamp

**Produkt:** 5.1.1  
Leistungen der Steuerungsstelle Psychiatrie

**Produktgruppe:** 5.1  
Operative Steuerung und Koordination der kommunalen Leistungen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen

**Produktbereich:** 5  
Steuerung und Koordination kommunaler sozialpsychiatrischer Leistungen für seelisch behinderte Menschen

**Verantwortliche Stelle:** - 5 -

### Produktdefinition

**Kurzbeschreibung:**  
Fach- und Ressourcensteuerung aller sozialhilfefinanzierten kommunalen Maßnahmen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen – einschließlich Koordination des Begutachtungs- und Antragsverfahrens.

### Auftragsgrundlage:

SGB XII, §§ 58, 53, 54 und 59, Abs. 2.u.3 (Aufgaben des Gesundheitsamtes)  
SGB IX, § 10  
ÖGDG  
Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) vom 22. Dezember 2000.  
Senatsbeschluss vom 01.02.2000 über die Einrichtung einer Steuerungsstelle am GA  
Kontrakt zwischen dem Senator für AFGJS und dem GA Bremen vom 18.02.2002  
Kooperationsverträge mit dem Amt für Soziale Dienste und dem Referat für Pflegesatzangelegenheiten und Controlling  
Dienstanweisung Betreutes Wohnen

### Ziele:

- Controlling der Leistungs- und Ausgabenentwicklung
- Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Begutachtungs- und Hilfeplanverfahrens
- Sicherstellung der Inanspruchnahme vorrangiger Kostenträger
- Sicherstellung fachlicher Standards im Bereich der Leistungserbringung
- Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen kommunalen Versorgungsstruktur für drogenkranke Menschen
- Sicherstellung fristgerechter Begutachtungen und Antragsbearbeitung im Gesamtplanverfahren
- Steuerung des Zugangs zur Werkstatt für Behinderte Menschen

**Leistungsumfang qualitativ**

- Aufbau und Pflege einer leistungs- und finanzwirtschaftlichen Datenbasis
- Prüfung der fachlichen Voraussetzungen der Hilfestellung, z. B. Überprüfung der Begutachtungen auf inhaltliche Plausibilität
- Methodische Weiterentwicklung des Begutachtungs- und Hilfeplanverfahrens
- Fachliches Controlling laufender Maßnahmen, z. B. bei Änderungsmitteilungen
- Pflege einer zentralen Warteliste (Zusammenführung und Abgleich der regionalen Wartelisten)
- Umsteuerung von Ressourcen in effektivere Hilfeformen
- Entwicklung und Etablierung von Qualitätsstandards im Bereich der Leistungserbringung,
- Durchführung von Fallkonferenzen
- Teilnahme an und Leitung von Fachgremien
- Regelmäßige Berichterstattung (vierteljährliche Controllingberichte und Jahresbericht)
- Einzelfallbezogene Koordination des Antrags- und Begutachtungsverfahrens für Eingliederungshilfemaßnahmen für psychisch kranke und suchtkranke Erwachsene.
- Führung von Einzelfallakten
- Anpassung der Verfahrensrichtlinien im Antragsverfahren in Kooperation mit dem AFSD
- Vertretung des überörtlichen Sozialhilfeträgers im Fachausschuss der WfbM und Durchführung des Gesamtplanverfahrens bei Übernahmen in den Arbeitsbereich der WfbM

**Leistungen quantitativ****Anzahl der Plätze<sup>1</sup>**

	2009	2008	2007	2006	2005
Betreutes Wohnen PK	568	562	508 <sup>2</sup>	485	480
Betreutes Wohnen Sucht	90	93	87	83	75
Heimwohnen PK	288	278	267	256	250
Heimwohnen Sucht	105	112	109	112	109
Übergangswohnheime Sucht	46	40	48	49	52
Tagesstätte	148	148	148	148	148
Nichtbehandlungsfälle (durchschnittl. Belegung)	10	8	8	5	7
Familienpflege	10	12	12	11	9

**Anzahl der bearbeiteten Anträge und Gesamtpläne (einschließlich legale Sucht)**

2009	2008	2007	2006	2005	2004
1041	1040	1150	1090	1048	919

**Anzahl der Fallkonferenzen in Konfliktfällen: (ohne Sucht)**

2009	2008	2007	2006	2005	2004
35	26	24	43	36	31

**Indikatoren**

Siehe Bericht 2008 der Steuerungsstelle

<sup>1</sup> Gezählt werden im Betreuten Wohnen und Heimwohnen die durchschnittlich belegten Plätze mit bremischer Kostenträgerschaft.

<sup>2</sup> Alle Zahlen inklusive auswärtig von Bremern belegte Plätze, z.B. 10 Plätze im Betreuten Wohnen PK

**Produkt:** 5.2.1  
Leistungen der Steuerungsstelle Drogenhilfe

**Produktgruppe:** 5.2  
Operative Steuerung der kommunalen Leistungen für drogenabhängige Menschen

**Produktbereich:** 5  
Steuerung und Koordination kommunaler sozialpsychiatrischer Leistungen für seelisch behinderte Menschen

**Verantwortliche Stelle:** - 5 -

### Produktdefinition

**Kurzbeschreibung:**  
Fach- und Ressourcensteuerung aller sozialhilfefinanzierten kommunalen Maßnahmen für drogenkranke Menschen – einschließlich Koordination des Begutachtungs- und Antragsverfahrens.  
Fachliche und fiskalische Steuerung der zuwendungsfinanzierten Maßnahmen.

**Auftragsgrundlage:**  
Eingliederungshilfe  
SGB XII, §§ 58, 53, 54 und 59, Abs. 2.u.3 (Aufgaben des Gesundheitsamtes)  
SGB IX, § 10  
ÖGDG  
Senatsbeschluss vom 1.2.2000 über die Einrichtung einer Steuerungsstelle am GA  
Kontrakt zwischen dem Senator für AFGJS und dem GA Bremen vom 18.2.2002  
Kooperationsverträge mit dem Amt für Soziale Dienste und dem Referat für Pflegesatzangelegenheiten und Controlling  
Dienstweisung Betreutes Wohnen

Zuwendungsbereich:  
Deputationsbeschluss aus 12.03 und Senatsbeschluss aus 12.04 zur Überführung ambulanter Aufgaben der Drogenhilfe in frei gemeinnützige Trägerschaft  
Auftragsgrundlage für die Hilfen ist das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) vom 22. Dezember 2000.

**Zielgruppe:**  
Menschen mit Problemen im Zusammenhang mit dem Gebrauch illegaler Drogen



**Ziele:****Eingliederungshilfe**

- Controlling der Leistungs- und Ausgabenentwicklung
- Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Begutachtungs- und Hilfeplanverfahrens
- Sicherstellung der Inanspruchnahme vorrangiger Kostenträger
- Sicherstellung fachlicher Standards im Bereich der Leistungserbringung
- Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen kommunalen Versorgungsstruktur für drogenkranke Menschen
- Sicherstellung fristgerechter Begutachtungen und Antragsbearbeitung im Gesamtplanverfahren

**Zuwendungsbereich**

- Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des ambulanten Hilfesystems
- Controlling der Leistungsentwicklung
- Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten und wirtschaftlichen kommunalen Versorgungsstruktur für drogenkranke Menschen
- Sicherstellung fachlicher Standards für die in den Zuwendungsverträgen festgelegten Leistungen

**Leistungsumfang qualitativ****Eingliederungshilfe:**

- Aufbau und Pflege einer leistungs- und finanzwirtschaftlichen Datenbasis
- Prüfung der fachlichen Voraussetzungen der Hilfestellung, z. B. Überprüfung der Begutachtungen auf inhaltliche Plausibilität
- Methodische Weiterentwicklung des Begutachtungs- und Hilfeplanverfahrens
- Fachliches Controlling laufender Maßnahmen, z. B. bei Änderungsmitteilungen
- Pflege einer zentralen Warteliste (Zusammenführung und Abgleich der regionalen Wartelisten)
- Umsteuerung von Ressourcen in effektivere Hilfeformen
- Entwicklung und Etablierung von Qualitätsstandards im Bereich der Leistungserbringung
- Durchführung von Fallkonferenzen
- Regelmäßige Berichterstattung
- Einzelfallbezogene Koordination des Antrags- und Begutachtungsverfahrens für Eingliederungshilfemaßnahmen für psychisch kranke und suchtkranke Erwachsene
- Führung von Einzelfallakten
- Anpassung der Verfahrensrichtlinien im Antragsverfahren in Kooperation mit dem AFSD

**Zuwendungsbereich**

- Prüfung der Zuwendungsanträge und Verwendungsnachweise
- Planung und Koordination zielgruppenorientierter Maßnahmen unter fachlichen Gesichtspunkten
- Auswertung der erbrachten Leistungen und Entwicklungen im Drogenhilfesystem auf Grundlage des elektronischen Dokumentationssystems
- Festlegung, Weiterentwicklung fachlicher Standards des Dokumentationssystems
- Regelmäßige Berichterstattung

**Leistungen quantitativ (Drogenhilfe)****Anzahl der Plätze<sup>3</sup>**

	2009	2008	2007	2006	2005	2004
Betreutes Wohnen	145	151	145	144	138	136
Heimwohnen	59	45	31	25	17	9

**Anzahl der bearbeiteten Anträge und Gesamtpläne**

2009	2008	2007	2006	2005
271	336	296	278	265

**Anzahl der Fallkonferenzen in Konfliktfällen:**

2009	2008	2007	2006	2005
33	32	25	32	27

**Kennzahlen aus dem Zuwendungsbereich:**

10 Leistungserbringer (Träger) erhielten insgesamt 1.461.441,00 Euro Zuschüsse.  
 26 Anträge auf Zuwendungen wurden geprüft.  
 26 Zuwendungsbescheide sind erstellt worden.  
 22 Prüfungen von Verwendungsnachweisen.

**Indikatoren**

Siehe Bericht 2008 der Steuerungsstelle

<sup>3</sup> Gezählt werden im Betreuten Wohnen und Heimwohnen die durchschnittlich belegten Plätze mit bremischer Kostenträgerschaft .

**Produkt:** 5.3.1  
Leistungen des Sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche (Kipsy)

**Produktgruppe:** 5.3  
Ambulante sozialpsychiatrische Hilfen für Kinder und Jugendliche

**Produktbereich:** 5  
Steuerung und Koordination kommunaler sozialpsychiatrischer Leistungen für seelisch behinderte Menschen

**Verantwortliche Stelle:** - 5 -

### Produktdefinition

**Kurzbeschreibung:**  
Beratung, Diagnostik, Betreuung und Vermittlung von seelisch behinderten und von seelischer Behinderung bedrohten Kindern und Jugendlichen und deren Familien

**Auftragsgrundlage:**  
§ 35 a KJHG (= SGB VIII)  
SGB XII, §§ 58, 53, 54 und 59, Abs. 2.u.3 (Aufgaben des Gesundheitsamtes)  
SGB V  
PsychKG, ÖGD

**Zielgruppe:**  
Kinder im Vorschulalter bis junge Erwachsene (18 – 21, ggf. bis 27 Jahre) mit seelischen Störungen/Fehlentwicklungen und deren Familien und Bezugspersonen

**Ziele:**

- Umfassende multiprofessionelle Erfassung der mehrdimensionalen Störungen (Diagnostik)
- Beratung, Betreuung und Behandlung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien
- Fachberatung beteiligter Institutionen (Schule, KTH, AfsD) Vermittlung ambulanter und stationärer psychiatrischer Hilfen

### Leistungsumfang qualitativ

#### Gespräch mit Patient/Klient (Beratung, Psychotherapie)

- Gespräch mit Angehörigen/Bezugspersonen
- Kinder u. jugendpsychiatrische Intervention, Untersuchung, Medikation
- Krisenintervention – Notfallhilfe
- spezielle diagnostische Verfahren
- Vermittlung sozialer Maßnahmen BSHG / KJHG)
- Vermittlung psychiatrischer Maßnahmen
- Fachberatung anderer Institutionen / Koopgespräche

- |   |
|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- Fallkonferenzen schriftliche Berichte/Gutachten/Stellungnahmen</li> <li>- Erstellung (amtsärztlicher) Gutachten für den Personenkreis</li> </ul> |
|---|

**Leistungen quantitativ**

	2009	2008	2007	2006	2005
<b>Anzahl Klienten / Patienten</b>	455	482	496	427	437
davon nur ÖGD Klienten (keine PIA Leistungen)		47 %	43,9 %	41,1%	64,4%
PIA.Patienten Abrechnungen (Scheine)	381	316	312	241	203
<b>Anzahl der Kontakte</b>		2215	1968	2317	1760
davon Hausbesuche		44	20	18	34
davon externe Kontakte		116	53	124	83
<b>Gutachten</b>		75	47	60	67

Bis auf die Anzahl der betreuten/behandelten Kinder und Jugendlichen und die Zahl der abgerechneten Institutsambulanzabrechnungen (Scheine) liegen aktuell noch keine Daten für 2009 vor. Die Auswertung des 2005 neu eingeführten differenzierten Dokumentationssystems, das sowohl für die KIPSY Beratungsstelle- und Institutsambulanz als auch für den stationären und ambulanten Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik des Klinikums Bremen-Ost verbindlich ist, erfordert einen besonderen Auswertungsaufwand. Die Daten liegen jeweils im Sommer vor und werden in einem gesonderten gemeinsamen Jahresbericht (Kipsy, Institutsambulanz, stat. Bereich KiJu-Psychiatrie) veröffentlicht.